

# OSI-ZEITUNG

DAS MAGAZIN AM OTTO-SUHR-INSTITUT

OSI-ZEITUNG 29. AUSGABE - WINTERSEMESTER 2024/25

**Thomas Risse zu  
den finanziellen  
Herausforderungen  
der Bundeswehr**



**Wie viel Schuldenbremse verträgt die Zukunft?  
Vier Perspektiven auf Haushaltsdisziplin vs. Innovationsstau**

**CHRISTIAN BRÄUER**

Vom Studentenjob  
zum Kino-Visionär

**KULTUR**

Mit Bratsche im  
Collegium Musicum

**DENIZ YÜCEL**

Ohne Plan B  
in den Journalismus



© Timo Gemmeke

LARA WAGNER CHRISTIAN WALTHER CHRISTINE KOLMAR TIMO GEMMEKE JANIK LEIDENFROS KIM REITH  
REDAKTIONSLEITUNG UND HERAUSGEBER DER OSI-ZEITUNG.

## New Deal oder Schuldenbremse?

Der deutsche Wahlkampf 2025 führt markige Worte, üppige Versprechen, aber bisher wenig Hoffnung. Derweil siecht die deutsche Wirtschaft, lange vernachlässigte Politikfelder klaffen wie offene Wunden, Geld für die großen Veränderungen fehlt und die Fantasie möglicherweise auch.

Es kommt einem der New Deal des amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt in den Sinn, der als Antwort auf die Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts einen grundlegenden innovativen Umbruch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik seines Landes einleitete.

So einen bahnbrechenden Aufbruch braucht auch hierzulande der Klimaschutz, Infrastruktur, Sicherheit, Digitalisierung, Bildung und so viele andere Politikbereiche mehr. Doch schon 2009 hat sich Deutschland das enge Korsett der Schuldenbremse angezogen und tritt seitdem haushaltspolitisch zwar diszipliniert, aber auch uninspiriert auf der Stelle. Wieviel Schuldenbremse verträgt die Zukunft? Lesen Sie in dieser Ausgabe, was OSI-Pros und OSI-Absolventen aller Couleur aus Politik und Journalismus hier und in Europa darüber denken.

Alles andere als uninspiriert sind die Lebenswege jener, die am Otto-Suhr-Institut den Grundstein für ihre vielseitigen Karrieren gelegt haben.

Im Ressort »Leute« sparen wir auch in dieser Ausgabe nicht an Geschichten von OSI-Absolventen, deren Lebenswege kaum unterschiedlicher sein

könnten: Ines Schwerdtner will mit 30.000 Haustüren ihre Partei neu beleben, während Christian Bräuer die Politikwissenschaft gegen Popcorn und Leinwand eintauschte.

Das Ressort »Debatte« widmet sich mit dem Nahost-Konflikt einem weiteren dominierenden Thema des letzten Jahres. Peter Brandt diskutiert Studentenbewegungen gestern und heute, wir besuchen die Proteste am OSI und lüften die Geschichte des Pali-Tuchs.

Der Campus ist in ständiger Bewegung: Die Dauer Ausstellung »Erinnerungsort Innestraße« erinnert an die dunkle Vergangenheit des uns so bekannten Gebäudes. Doch auch der Uni-Alltag bleibt nicht aus: Worüber schreibe ich meine Bachelorarbeit? Wie finden andere Studierende eigentlich ihre Themen? Vier Professor:innen erzählen aus ihrer Erfahrung. Apropos: Dorothea Gädeke ist neue Leiterin des Arbeitsbereichs Politische Theorie und Rechtstheorie. Zudem berichtet die OSI-Zeitung, wie der Mangel an Personal beinahe das Erasmus-Programm gefährdet hätte – und weshalb es am Ende doch anders kam.

Wir wünschen eine anregende Lektüre! Übrigens: Wie immer waren unsere Gesprächspartner fast ausschließlich Studierende, Absolventen, Professoren oder Beschäftigte des OSI. Wir laden herzlich dazu ein, im nächsten Semester bei der OSI-Zeitung mitzumachen. Gerne auch mit Kritik und Anregungen.

## ▶ INTRO 2

# NEW DEAL ODER SCHULDENBREMSE

<b>Investitionsstau vs. Haushaltsdisziplin</b>	<b>5</b>
Zerbricht Deutschland an der Schuldenbremse? <i>VON MILICA CIKUSA, SIMON RÖHRICHT UND FLORIAN RICHTER</i>	
<b>Wie viel Schuldenbremse verträgt die Zukunft?</b>	<b>9</b>
Eine Frage der Generationengerechtigkeit <i>VON ELLA BAUMANN, LILLY GRUNERT UND BENT POLSTER</i>	
<b>Wer soll das bezahlen?</b>	<b>11</b>
Thomas Risse zu den finanziellen Herausforderungen der Bundeswehr <i>VON LEO KÖNNEKE UND MARIIA TARASENKO</i>	
<b>Europa und Staatsschulden</b>	<b>15</b>
Viele Herausforderungen und wenige Lösungen <i>VON CHRISTINA AUGUSTIN, JAN BREUNIG UND CLAIRE SAUTREAU</i>	
<b>Vererbt, nicht verdient</b>	<b>19</b>
Was die Erbschaftssteuer mit der Schuldenbremse zu tun haben könnte <i>VON SOFIE SCHIFFER</i>	

# OSI-LEUTE

<b>»Ines oder Barbarei«</b>	<b>23</b>
Wie die Vorsitzenden der Linken den Sozialismus an die Haustüren tragen will <i>VON PAULA BÖHNKE UND LARA WAGNER</i>	
<b>»Ich liebe Kino«</b>	<b>26</b>
Christian Bräuer: Vom OSI ins Yorck <i>VON PAULINE GRUSS UND LENNY HALLBERG</i>	
<b>»Ich fliege einfach rein«</b>	<b>28</b>
WELT-Journalist Deniz Yücel über seinen Weg in den Journalismus – und die Rolle des OSIs <i>VON ANNIKA BENZING UND JANIK LEIDENFROST</i>	
<b>Der Osten – Mehr als nur Landtagswahlen</b>	<b>30</b>
Ein Gespräch mit Reem Alabali-Radovan <i>VON LENI HEIN</i>	

# DEBATTE

- Lautes Schweigen am OSI** **34**  
 Zwischen Nahost-Protest und Desinteresse  
 VON TOBIAS GRAU
- »Selbstverständlich muss Redefreiheit sein – und zwar uneingeschränkt«** **36**  
 Der Alt-68er und Historiker Peter Brandt über Studentenprotest  
 und Dialogbereitschaft  
 VON FLORIAN RICHTER
- Ein Stück Stoff scheidet die Geister** **39**  
 Das Palästinensertuch nach Arafat, Lagerfeld und dem 7. Oktober 2023  
 VON TIMO GEMMEKE

# CAMPUS

- »Die Chance kriege ich nicht nochmal«** **42**  
 Dorothea Gädeke ist die neue Leiterin des Arbeitsbereichs  
 Politische Theorie und Rechtstheorie.  
 VON MORITZ KREIMEIER
- Erasmus-Krise am OSI** **44**  
 Wie Personalnot fast das Austauschprogramm lahmlegte  
 VON FABIAN VOTH
- Zur Koexistenz von Erinnerung und Alltag** **46**  
 Erste Einblicke in die Ausstellung »Erinnerungsort Ihnestraße«  
 VON KIM REITH
- Von Adorno-Welle über NATO-Strategie bis KI** **49**  
 Abschlussarbeiten am OSI  
 VON FABIAN BIEDA
- 25 Jahre OSI-ZEITUNG** **52**  
 Ein Vierteljahrhundert Debatten, Dramen, Deadlines  
 VON TIMO GEMMEKE

# KULTUR & CO

- Erst Politik, dann Pizzicato** **56**  
 Als OSIanerin im Collegium Musicum  
 VON CHRISTINA AUGUSTIN
- Muslimische UnSichtbarkeiten** **58**  
 Das Museum für Europäische Kulturen widmet sich den eigenen Lücken  
 VON MILICA CIKUSA





# Investitionsstau vs. Haushaltsdisziplin

## Zerbricht Deutschland an der Schuldenbremse?

VON MILICA CIKUSA, SIMON RÖHRICHT UND FLORIAN RICHTER

Für die einen ist sie Garant wirtschaftlicher Stabilität, für die anderen Grund der wirtschaftlichen Stagnation: die in der deutschen Verfassung festgeschriebene Schuldenbremse. Deutschland ist mittlerweile Schlusslicht unter den sieben größten westlichen Wirtschaftsnationen in Sachen Wirtschaftswachstum. Die Industrie klagt über zu hohe Energiepreise, der Frust wächst über einen enormen Investitionsstau.

Experten sind sich einig, dass gewaltige Summen zumindest in die öffentliche Infrastruktur, die Verteidigung, den Klimaschutz und die Digitalisierung fließen müssen. Ist die strikte Begrenzung der Neuverschuldung also ein notwendiges Instrument finanzieller Disziplin – oder steht sie unumgänglichen Investitionen in die Zukunftsfähigkeit Deutschlands im Weg?

### Plädoyer für eine Grün-Goldene-Regel

»Es gibt massive Investitionsbedarfe und die Schuldenbremse, so wie sie im Moment formuliert ist, verhindert diese Investitionen«, sagt Thomas Rixen, Professor für Internationale und Vergleichende Ökonomie am OSI. »Es scheint ausgeschlossen, dass eine neue Regierung die Schuldenbremse einhält.« Dabei denke er vor allem an die grüne Transformation, die »nicht in dem Maße stattfindet, wie sie stattfinden müsste.«

Dieses langfristige Problem dürfe nicht von aktuellen Krisen, wie dem Ukraine-Konflikt, verdrängt werden. Rixen plädiert für eine Grün-Goldene

Regel: eine Modifizierung der so genannten Goldenen Regel, die besagt, dass der Staat Kredite nur für Investitionen aufnehmen darf.

### Grüne Perspektive: Reform als Weg aus der Krise

Robert Heinrich, Leiter des Leitungs- und Koordinierungsstabs im Bundeswirtschaftsministerium und Absolvent des OSI-Jahrgangs 2003, spricht sich ebenfalls für eine Reform der Schuldenbremse aus. Zwar sei diese »grundsätzlich eine vernünftige Institution«. »Die Annahme, dass der Staat mit dem Geld auskommen muss, das er hat, ist eine Frage der Nachhaltigkeit, der Generationengerechtigkeit«, betont Heinrich.

Dennoch hält er eine Reform für unumgänglich. Ein Problem sei die Starrheit der Schuldenbremse. Zudem habe man einen immensen Bedarf an Sondervestitionen. Heinrich nennt hier die Transformation zur Klimaneutralität, die Digitalisierung und die Sicherheit als die wichtigsten Komponenten und betont den Investitionsstau in den Kommunen. Man habe »Raubbau« an der Infrastruktur betrieben. Das aus dem laufenden Haushalt zu finanzieren, »würde den sozialen Frieden in Deutschland gefährden«, warnt Heinrich. Damit vertritt er die Linie seiner Partei zur Schuldenpolitik. In einem Beschluss vom Bundesparteitag der Grünen im November 2024 heißt es, das derzeitige »Spardiktat« gefährde die »wirtschaftliche Zukunft« Deutschlands und behindere den Klimaschutz.

## CDU: Strikte Haushaltsdisziplin bleibt oberste Priorität

Die CDU-Bundestagsabgeordnete und OSI-Absolventin Jana Schimke sieht hingegen keine Notwendigkeit für eine Reform der Schuldenbremse. »Eine Regierung muss imstande sein, notwendige Aufgaben im Rahmen des laufenden Haushalts und im Rahmen der bestehenden Einnahmen umzusetzen«, ist sie überzeugt. Dass Deutschland einen Investitionsstau hat, liege auf der Hand. »Aber wir wissen auch, dass Deutschland sein Geld nicht immer zielgerichtet ausgibt.«

Man sollte eine Wirtschaftspolitik machen, die auch private Akteure in die Lage versetzt, Investitionen zu tätigen. Dass viele Wirtschaftsexperten und Institutionen wie der Internationale Währungsfonds eine Reform der Schuldenbremse befürworten, überzeugt Schimke nicht. »Auch eine Wissenschaftslandschaft ist nicht unpolitisch und Gremien werden immer durch eine amtierende Bundesregierung besetzt«, kommentiert sie. »Zur Schuldenbremse gibt es auch in der Wissenschaft unterschiedliche Auffassungen.«

Wie genau die CDU den Investitionsstau allein durch Kürzungen beseitigen will, bleibt unklar. Politik sei immer eine Frage von Prioritätensetzung, antwortet Schimke. »Wenn wir am Ende einen Verfall in der Wirtschaft haben, eine Deindustrialisierung und steigende Arbeitslosigkeit, werden die Sozialsysteme mehr und mehr belastet«, ist sie überzeugt. Schimke gesteht ein, dass man einen Wettbewerbsnachteil habe – und der sei »hausgemacht«. »Wir sind zu teuer, zu langsam und zu überreguliert«, sagt sie. »Aber wir können nicht Fehler der Vergangenheit mit neuen Fehlern beseitigen.« Doch Schimke lässt sich auch eine Hintertür offen, spricht davon, dass sie in der Union prinzipientreu, »aber keine Betonköpfe« seien. »Wenn uns wirkliche Krisen überreifen, muss man immer imstande sein, auch anders zu denken und flexibel zu sein.« Eine Krisensituation sehe sie im Moment nicht. Das überrascht angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Lage.

## Viel Überzeugung, wenig Konkretes

Konkret werden die beiden OSI-Absolventen mit ihren Vorschlägen nicht. Vor allem warten sie mit Überzeugungen auf – schließlich ist gerade Wahlkampf. Heinrich deutet an, dass die Grünen im Sinne der Goldenen Regel eine Schuldenbremse anstreben, die bei konsumtiven Ausgaben weiterhin strikt sei, aber bei investiven Ausgaben mehr Spielraum lasse. Ins Detail will auch er nicht gehen. Schimke betont, es gebe genügend Einsparpotenziale im Bundeshaushalt. »Wo die genau liegen, entscheidet die künftige Bundesregierung.« Nicht nur in der Haltung zur Schuldenbremse trennen die beiden Welten. Auch ihre Wahrnehmung der Realität könnte unterschiedlicher kaum sein.

Die Schuldenbremse wurde 2009 in das Grundgesetz aufgenommen und begrenzt die Höhe der neuen Schulden, die Deutschland aufnehmen darf. Seit 2016 darf sich Deutschland jedes Jahr bis zu einer Höhe von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes neu verschulden. Die Bundesländer dürfen seit 2020 überhaupt keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Für außergewöhnliche Notsituationen, wie zum Beispiel während der Corona-Pandemie, gelten Ausnahmeregelungen, die eine höhere Neuverschuldung zulassen.



© Rhett Wiebe



## Thomas Rixen

Thomas Rixen leitet seit 2019 den Schwerpunkt Internationale und Vergleichende Politische Ökonomie am OSI. Zuvor war er sieben Jahre lang Professor für international vergleichende Politikfeldanalyse an der Otto-Friedrichs-Universität Bamberg. Er studierte Politikwissenschaft und Wirtschaftswissenschaften in Bonn, Hamburg, Paris und Michigan. Nach seiner Promotion in Bremen war er von 2007 bis 2012 Post-Doc am Wissenschaftszentrum Berlin. In seiner Forschung konzentriert er sich unter anderem auf die Bereiche Finanzmarktregulierung, (Poly-)Krise und Transformation.

## Robert Heinrich

Robert Heinrich leitet seit 2022 den Leitungs- und Koordinierungsstab des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz. Er studierte am OSI Politikwissenschaft und arbeitete im Anschluss von 2003 bis 2018 unter anderem als Kommunikationsdirektor und Wahlkampfmanager für Bündnis 90/Die Grünen. Von 2018 bis 2021 war er Büroleiter der damaligen Parteivorsitzenden Annalena Baerbock und Robert Habeck.



© Rasmus Tanck

© Karoline Wolf



## Jana Schimke

Jana Schimke sitzt seit 2013 für die CDU im Deutschen Bundestag, ist Vorsitzende des Ausschusses für Tourismus und Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Soziales. Seit 2019 ist sie stellvertretende Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Von 1999 bis 2005 studierte Schimke Politikwissenschaft in Dresden und am OSI. Zwischen 2008 und 2013 war sie bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) in der Abteilung Arbeitsmarktpolitik tätig.





© Viviani, Rodrigues Pixabay

# Wieviel Schuldenbremse verträgt die Zukunft?

Eine Frage der Generationengerechtigkeit

VON LILLY GRUNERT, ELLA BAUMANN UND BENT POLSTER

»Sie kürzen unsere Zukunft weg«! Mit diesem Aufschrei protestiert ein Bündnis aus Fridays For Future, Jusos, Grüner Jugend und weiteren Jugendverbänden gegen die Schuldenbremse. In einem offenen Brief an die Bundesregierung fordern sie, die Schuldenbremse auszusetzen und perspektivisch abzuschaffen. Versäumte Investitionen würden zukünftige Generationen belasten.

Ein Festhalten an der Schuldenbremse fordert dagegen ein Zusammenschluss aus Jungen Liberalen, Junger Union und jungen Wirtschaftsorganisationen mit dem Argument: »Die Schulden von heute sind die Steuererhöhungen von morgen.« Nun stellt sich die Frage:

## Sparen oder investieren – was ist eigentlich generationengerecht?

Die Schuldenbremse ist ein »Misstrauensvotum gegen die Politik«, sagt Finanztip-Chefredakteur und OSI-Absolvent Hermann-Josef Tenhagen. Er hält die Schuldenbremse gerade in Hinblick auf die Frage der Generationengerechtigkeit für verfehlt. Im Bereich der Infrastruktur seien in den letzten Jahren zu wenig Investitionen getätigt worden, was den Staat jetzt vor enorme Herausforderungen stelle: »In den letzten Jahren waren die Zinsen so niedrig wie nie. Man hätte sehr viele Möglichkeiten gehabt, zu sehr geringen

Kosten relativ viele Zukunftsinvestitionen zu machen – hat man aber nicht. Wir sind mit der Investitionsquote unserer Volkswirtschaft total hinten dran.« Anstatt sicherzustellen, dass Ausgaben bereits mit Blick in die Zukunft getätigt werden, um künftigen Generationen haushaltspolitisch bestmögliche Grundlagen zu bieten, verhindert die Schuldenbremse in seinen Augen eine solche Zukunftsorientierung. Entgegen ihrer ursprünglichen Bestimmung führe sie zur Beschränkung der politischen Handlungsfähigkeit, trotz enormen Handlungsbedarfs. Tenhagen betont, es sei Aufgabe der Politik, nicht des Rechts, zu entscheiden, wie der Staat Ausgaben tätigen soll. Die Sorge, ohne die Schuldenbremse würden unverhältnismäßig hohe Ausgaben getätigt und damit zukünftige Generationen belastet, ergebe in der aktuellen Lage keinen Sinn, meint Tenhagen, zumal ausbleibende Investitionen mit wesentlich höheren Kosten in der Zukunft verbunden wären. Zukünftigen Generationen eine Welt ohne Schulden, aber mit jeder Menge Baustellen zu überlassen, sei alles andere als gerecht.

### Wie könnte eine Reform der Schuldenbremse aussehen?

Ein populärer Vorschlag, den unter anderem die Grünen in ihrem Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2025 aufgenommen haben, ist die Wiedereinführung einer Investitionsregel. Der Staat darf nach dieser Regel nur Kredite aufnehmen, um zu investieren, aber nicht, um laufende Ausgaben im Haushalt zu decken. So hinterlasse man der jungen Generation keine unnötigen Schulden, aber auch keine unterlassenen Investitionen, heißt es im Wahlprogramm.

Die SPD beschreibt eine vage Innovation bei der Schuldenbremse: »Wir schaffen einen Deutschlandfonds, der öffentliches und privates Kapital mobilisiert, um die wichtigen Investitionsbedarfe erfüllen zu können.« Der Fonds solle »anfangs mit 100 Milliarden Euro ausgestattet werden, so dass er auch im bestehenden Rahmen der Schuldenregel unseres Grundgesetzes funktioniert.«

Die CDU schreibt wiederum in ihrer Agenda 2030, die Ampel habe durch ein permanentes Schlechtreden die grundgesetzliche Schuldenbremse geprägt. Die Christdemokraten aber wüssten, »dass nur seriöses Haushalten vor einer Neuauflage der Euro-Schuldenkrise und den Steuererhöhungen von morgen schützt«

Der Rat der Wirtschaftsweisen, der die Bundesregierung in gesamtwirtschaftlichen Fragen berät, fordert hingegen eine höhere Flexibilität der Schuldenbremse, abhängig von der konjunkturellen Lage. Durch Übergangsregelungen nach ökonomischen Krisen und vom Schuldenstand abhängige Defizitgrenzen könne die Schuldenbremse gelockert werden, ohne die wirtschaftliche Stabilität des Landes zu gefährden.

Wie es um die Zukunft der Schuldenbremse steht, wird sich erst nach der Wahl am 23. Februar entscheiden. Breite Investitionen wird jede Koalition tätigen müssen. Wer dafür zusätzliche Kreditaufnahmen ausschließt, muss andere Finanzierungs- oder Sparmöglichkeiten vorlegen. Und ob diese eine generationengerechtere Wirkung entfalten würden, bleibt fraglich.

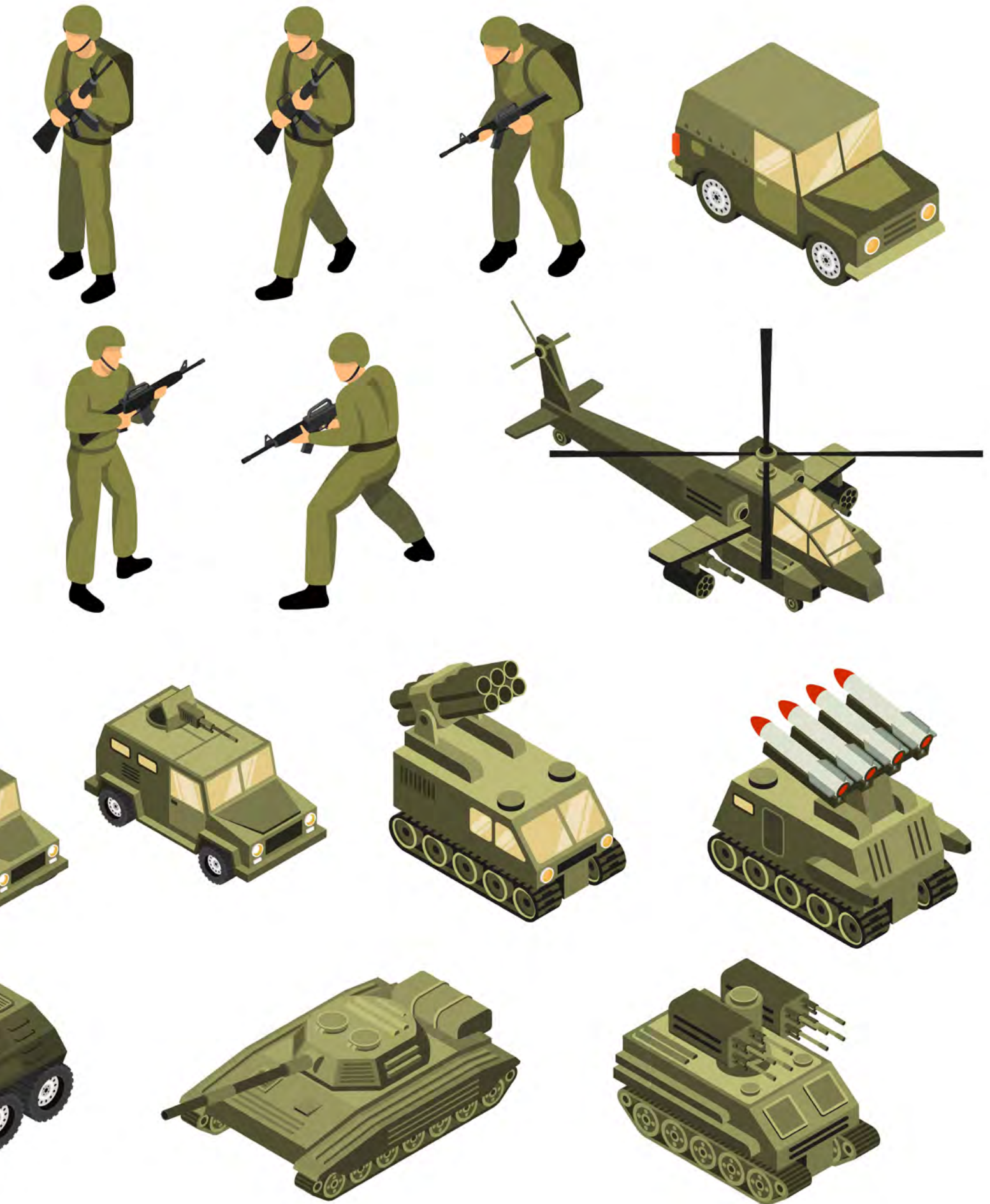


© Finanztip/Kirsten

Hermann-Josef Tenhagen studierte von 1984 bis 1990 Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaft am OSI, in Bonn und den USA. Nach seinem Abschluss wurde er Redakteur bei der taz und gründete das Ressort „Wirtschaft und Umwelt“ mit. 1996 wurde er stellvertretender Chefredakteur der Zeitung. 1999 wechselte er zur Zeitschrift Finanztest, wo er 15 Jahre als Chefredakteur wirkte. Seit 2014 ist Tenhagen Chefredakteur und Geschäftsführer bei Finanztip, einem unabhängigen Geld-Ratgeber.



# NEW DEAL ODER SCHULDENBREMSE



# Wer soll das bezahlen?

Thomas Risse zu den finanziellen Herausforderungen der Bundeswehr

VON MARIIA TARASENKO UND LEO KÖNNEKE

2022 wurde das Sondervermögen Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro beschlossen. Doch weitere Militärausgaben sind aufgrund des Kriegs in der Ukraine, der unwägbarer Haltung Russlands und zusätzlicher Ausgaben für Krisen und Innovationen unumgänglich. Fragen dazu stellen wir an Professor Thomas Risse, Seniorprofessor am Exzellenz-Cluster »Contestations of the Liberal Script« (SCRIPTS).

## Wie steht es um die gegenwärtige Verteidigungskraft der Bundeswehr?

Durch die 2022 von Bundeskanzler Scholz ausgerufenen Zeitenwende ist Deutschland dabei, langsam wieder seine Verteidigungsfähigkeit aufzubauen. Sie war nach dem Ende des Kalten Krieges mehr als 20 Jahre lang vernachlässigt worden. Mit den bekannten Folgen. Wir hatten einen Anteil der Verteidigungsausgaben am BIP um 1%. Schon 2014 hatte sich die NATO auf 2% verständigt. Erst jetzt, zehn Jahre später, hat es die Bundesregierung zum ersten Mal geschafft, die NATO-Vorgaben einzuhalten. Ohne das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro würden wir die 2% überhaupt nicht erreichen.

## Die Situation verbessert sich nur allmählich ...

Wenn Sie jetzt sagen, die deutsche Marine muss aufgebaut werden, brauchen wir ein Fregattenprogramm. Das dauert vier Jahre, bis ein Schiff fertig ist. Das sind heute alles hochtechnisierte Geräte, ebenso wie Panzer oder Flugzeuge. Wenn man nicht bedroht ist, braucht man nicht aufzurüsten. Es ist nicht so, dass das Vorgehen beim Verteidigungsetat in der Vergangenheit einfach nur bescheuert war, aber jetzt muss umgestellt werden.

## Können Sie erklären, warum Deutschland das braucht?

Weil wir eine reale Bedrohung haben, wie wir sie im Kalten Krieg auch schon hatten. Russland hat heute eine aggressive imperiale Ausrichtung. Man sieht das an der Ukraine, wo seit fast drei Jahren ein Stellungskrieg geführt wird. Wenn das dort schief gehen sollte, dann weiß man nicht, wer als nächstes dran ist. Die baltischen Staaten, Polen, also NATO-Staaten.

## Für wie realistisch halten Sie die Gefahr, dass Putin sich erlauben würde, die NATO anzugreifen?

Ich bin kein Geheimdienstler. Aber die Leute, die etwas davon verstehen, sagen, dass – wenn wir nichts tun – Russland in 5 Jahren in der Lage wäre, die NATO anzugreifen. Das ist schon bedenklich.

Spätestens 2014 hätte man aufwachen müssen. Zunächst hatte Putin 2007 auf der Münchner Sicherheitskonferenz de facto angekündigt, was er vorhat. Gleichzeitig ist damals der erste Stellvertreterkrieg in Georgien ausgebrochen. Anschließend kommt 2014 der erste Ukraine-Krieg. Danach hat man jahrelang mit Putin verhandelt. Die damalige Kanzlerin Merkel hat 2008, zusammen mit dem französischen Präsidenten Sarkozy verhindert, dass die Ukraine in die NATO aufgenommen wird. Die damalige US-Administration unter George W. Bush wollte die Ukraine in die NATO aufnehmen, um Russland zu zeigen, jetzt ist Schluss. Damals haben Merkel und Sarkozy argumentiert, man solle Russland nicht weiter provozieren, die Ukraine sei ein ehemaliger Sowjetstaat, das sei zu gefährlich.



### Wie beeinflusst die Wahl Donald Trumps zum neuen US-Präsident die geopolitische Lage?

Dadurch wird die Lage noch sehr viel dramatischer. Es bedeutet, dass in Zukunft europäische Sicherheit in erster Linie europäisch bereitgestellt werden muss. Und was die Ukraine angeht, bedeutet es, dass wir die Hauptverantwortung für die Sicherheitsgarantien tragen müssen. Man kann nur spekulieren, was Trump machen wird. Wenn sich die USA sehr schnell aus der Unterstützung der Ukraine rausziehen, kriegen wir hier ein richtiges Problem. Ich hoffe, dass das etwas langsamer geht, dann haben wir die Möglichkeit, die Unterstützung der USA zu kompensieren. Aber: Ein Waffenstillstand ist kein Friedensvertrag. Solange russische Truppen auf besetztem Gebiet der Ukraine stehen, kann es keinen Friedensvertrag mit Russland geben. Um zu verhindern, dass der Krieg dann in zwei, drei oder fünf Jahren erneut losgeht, sind glasklare Sicherheitsgarantien für die Ukraine notwendig.

### Denken Sie, es lohnt sich für Deutschland, so viel Geld in die Verteidigung der Ukraine zu stecken?

Wir müssen verstehen, das ist unsere eigene Verteidigung! Es ist nicht so, dass wir das aus Nettigkeit für die Ukraine tun. Es geht um die eigene Sicherheit. Wir sind im 21. Jahrhundert. Hybride Kriegsführung, Cyberwarfare sind die Schlagworte. Konventionelle Kriegsführung, wie wir sie in der Ukraine sehen, ist nur noch ein Teil moderner Kriegsführung. Unsere kritische Infrastruktur ist extrem verletzlich. Wenn Russland einen Cyberangriff auf unsere Energieversorgung startet, geht hier das Licht aus. Aus meiner Sicht ist die Lage sehr bedrohlich.

### Ganz konkret: Welches finanzielle Volumen brauchen wir zur Aufrüstung der Bundeswehr und für eine Sicherheitsgarantie der Ukraine?

Das Minimum ist, das 2 %-Ziel jedes Jahr durchzuhalten. Verteidigungsminister Pistorius und jetzt auch Robert Habeck beziffern die Notwendigkeit auf 3 bis 3,5 % des BIP. Wie das erreicht werden kann, ohne entweder die Schuldenbremse zu reformieren oder bei den Sozialausgaben,

Bildung oder all den anderen Bereichen zu kürzen, weiß ich nicht. In den 80er Jahren während des Kalten Krieges, erreichte der Verteidigungsetat der Bundesrepublik noch 3 bis 3,5 % des BIP. Das verdeutlicht, was wir für einen ungeheuren Nachholbedarf haben.

*»Es ist eine ernste Lage, und in einer ernstesten Lage braucht man eine Entschlossenheit, damit umzugehen.«*

### Wo soll das Geld herkommen? Sie haben es angesprochen: zur Debatte stehen unter anderem eine Veränderung der Schuldenbremse, stärkere Ausgabenkürzungen und höhere Steuersätze.

Ich zitiere den Kanzlerkandidaten der CDU, Merz. Er hat bei einem Wirtschaftsforum der SZ gesagt, es wäre das eine, die Schuldenbremse auszusetzen und das andere, bestimmte Investitionen nicht mehr von der Schuldenbremse betreffen zu lassen. Dafür braucht es dann eine Grundgesetzänderung mit 2/3 Mehrheit. Ein klares Signal von Merz. Ich würde nicht pauschal sagen, dass wir die Schuldenbremse aussetzen müssen, aber die meisten Beobachter der Situation sagen, dass wir erhebliche Investitionen brauchen

### Das heißt, es führt kein Weg daran vorbei, die Schuldenbremse zu ändern?

Ich gehe davon aus. Und ich gehe davon aus, dass die nächste Bundesregierung sich darum kümmern muss.

### Welche gesellschaftlichen Konsequenzen hätte es, dem Land zu sagen, wir müssen uns für die Bundeswehr neu verschulden?

Wir diskutieren ja darüber, die Schuldenbremse aufzuweichen. Da gibt es Leute, die kommen mit der Kürzung des Bürgergelds an oder so. Ehrlich gesagt, das ist alles nur symbolische Politik. Aber die großen wichtigen Investitionen müssen aus der Schuldenbremse rausgenommen werden. Das würde uns erlauben, zumindest die 2 % und vielleicht auch mehr zu bezahlen, sprich diesen Aufwuchs, den wir jetzt dringend brauchen, sowohl für die Unterstützung der Ukraine als auch um

uns selbst, wie Pistorius es nennt, kriegstüchtig zu machen. Es geht um Kriegsverhinderung durch Abschreckung. Putin hat gezeigt, dass er durchaus abschreckbar ist. Der ist nicht durchgeknallt oder irrational, er betreibt sehr rationale Politik. Und er versucht auch nicht, bisher jedenfalls nicht, in eine direkte Konfrontation mit der NATO zu geraten.

### **Versteht die Gesellschaft dieses abstrakte Ziel?**

Ich glaube nicht, bisher nicht. Die Kommunikation durch die Politik ist immer noch so: Och, wir kriegen das alles irgendwie hin, die Lage ist zwar schwierig, aber nicht dramatisch. Wir stehen nicht unmittelbar vor einem dritten Weltkrieg, man muss die Leute nicht in Panik versetzen. Aber es ist eine ernste Lage, und in einer ernsten Lage braucht man eine Entschlossenheit, damit umzugehen.

### **Spaltet das die Gesellschaft nicht noch mehr?**

Momentan gibt es noch eine große Bereitschaft, die Ukraine zu unterstützen.

### **Eine Mehrheit, aber keinen Konsens.**

Nein, sie haben ja auch einen Gegendiskurs. Wir haben den AfD-Diskurs und den BSW-Diskurs ...

### **..., der immer stärker wird,...**

Und zumindest in den östlichen Bundesländern sehr stark ist und im Bundestagswahlkampf nochmal stärker wird, weil Wagenknecht und auch AfD versuchen werden, das Friedensthema zu besetzen. Auch bei der SPD merkt man, dass sie bei diesem Thema wackelt. Auf der anderen Seite ist Pistorius immer noch der beliebteste Politiker. Das hat es sehr lange nicht gegeben, dass der beliebteste Politiker im Land – mit weitem Abstand – der Verteidigungsminister ist! Das heißt, dem hören die Leute zu. Und das ist ein gutes Zeichen.

### **Mit welchen wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen müssen wir rechnen?**

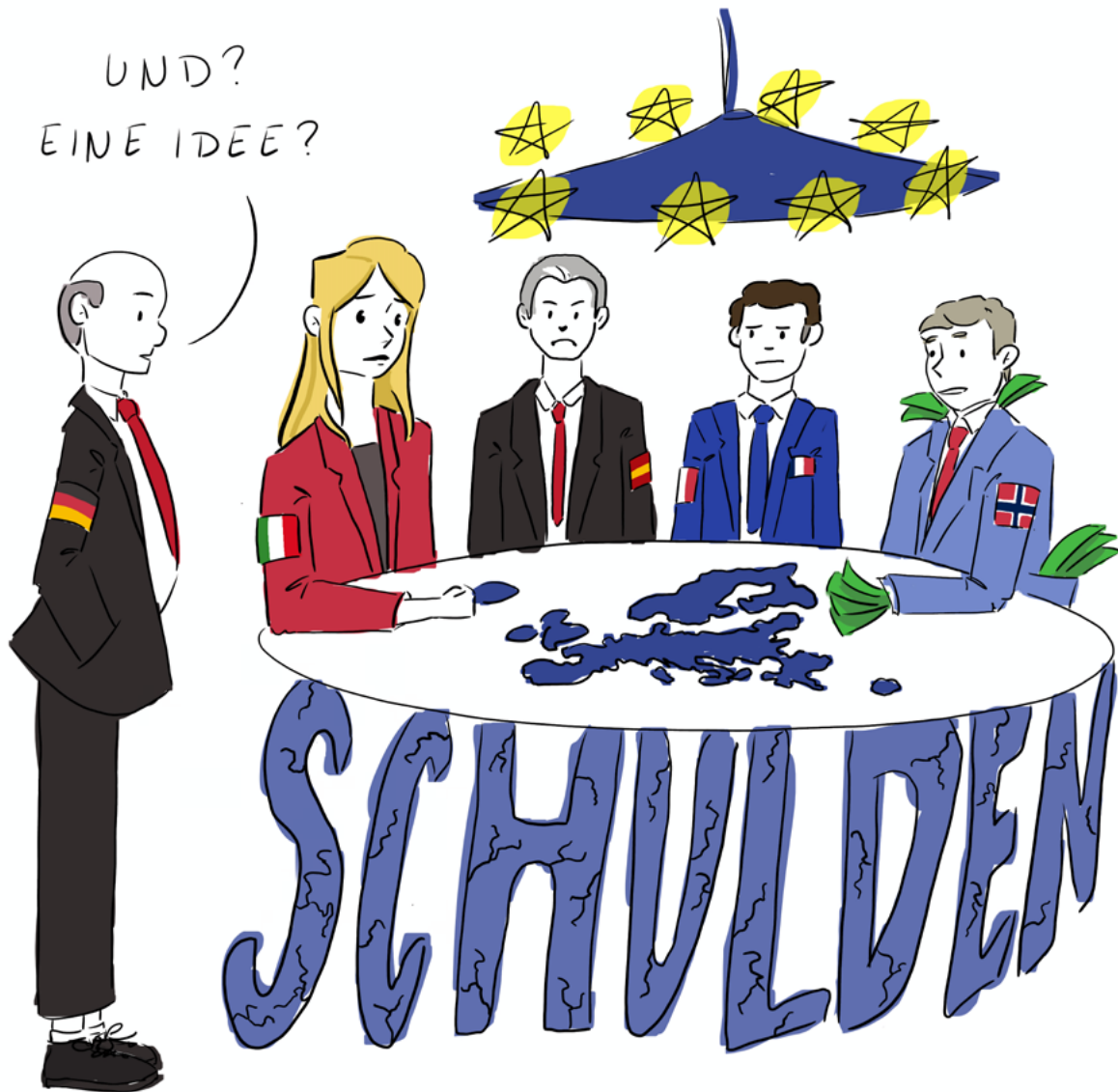
Wir machen uns das Leben schwer in Deutschland mit der Schuldenbremse. Wir haben die

niedrigste Schuldenlast in ganz Europa. Unter den hochindustrialisierten Ländern sind wir in der untersten Gruppe. Man kann darüber streiten, ob eine Politikentscheidung wie zum Beispiel eine Schuldenbremse überhaupt in eine Verfassung gehört. Und selbst wenn man sie nicht abschaffen will, kann man sie begrenzen. Jeder Ökonom sagt, investive Ausgaben sollten von einer Schuldenbremse ausgenommen werden. Denn sie kommen uns zugute. Sie bewirken ökonomisches Wachstum.

### **Die Schuldenbremse war in ihrer Form damals ein Fehler?**

Ich persönlich bin der Meinung, dass politische Entscheidungen dieser Art nicht in Verfassungen hineingehören. Verfassungen sind dazu da, zum Beispiel Grundrechte festzuschreiben, das grundsätzliche politische Institutionengefüge zu beschreiben, aber nicht um bestimmte Politik-inhalte zu kodifizieren. Selbstverständlich ist es nicht gut, wenn man Schulden anhäuft, weil künftige Generationen dafür bezahlen müssen. Aber künftige Generationen müssen auch dafür bezahlen, wenn unsere Infrastruktur kaputt ist, wenn wir uns nicht mehr verteidigen können und so weiter. Das sind politische Abwägungsfragen, für die Politiker Verantwortung übernehmen müssen.

Professor Thomas Risse war Professor für internationale Beziehungen am OSI und ist jetzt Seniorprofessor am Exzellenz-Cluster »Contestations of the Liberal Script« (SCRIPTS). Nach einem Studium in Bonn und Paris promovierte er an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Nach mehreren Stationen an renommierten Universitäten in Deutschland und im Ausland kam er 2001 nach Berlin an die FU. Sein Forschungsschwerpunkt liegt auf der Theorie der internationalen Beziehungen, Menschenrechten und dem transatlantischen Verhältnis.



© Claire Sautreau

# Europa und Staatsschulden

**Viele Herausforderungen und wenige Lösungen**

VON CHRISTINA AUGUSTIN, JAN BREUNIG UND CLAIRE SAUTREAU

Staatsschulden sind ein Thema, mit dem die meisten europäischen Regierungen ringen. Neben einer starren, in der Verfassung festgeschriebenen Schuldenbremse – wie es in Deutschland der Fall ist – gibt es weitere Ansätze, mit diesem Problem umzugehen. Gerade deshalb lohnt der Blick auf die Staatsschulden unserer europäischen Nachbarn.

### Frankreich: Ein Sozialstaat auf Pump

Mit über 3 Billionen Euro Schulden ist Frankreich europäischer Tabellenführer. Diese Zahl sei deshalb so hoch, weil der Staat zu viel ausgegeben habe, um vor allem Sozialausgaben zu finanzieren, erklärt uns Felix Syrovatka, OSI-Absolvent Jahrgang 2017. Der Sozialstaat habe einen hohen Stellenwert in der französischen Politik. Außerdem wurden die Terroranschläge 2015 als Sondersituation ausgewiesen, für die zusätzliche finanzielle Mittel aufgebracht werden mussten. Deswegen habe sich Frankreich entschieden, die 3 % Neuverschuldung, die von der EU vorgegeben werden, zu reißen und massiv in Sicherheit und Militär zu investieren. Dadurch geriet das Land in ein sogenanntes Defizitverfahren.

### Instabilität und Zentralismus: Frankreichs doppeltes Problem

Die Parteienlandschaft Frankreichs hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Zur Stabilität des Landes hat das nicht beigetragen. Hinzu kommt die in der Gesellschaft verankerte Idee, dass höhere Löhne zu höherer Nachfrage und dadurch zu mehr Konsum von französischen Gütern führen. Daher richtet sich der Diskurs in Frankreich auf die Kaufkraft, statt auf Löhne, wie in Deutschland.

Während Rechtspopulisten von einem »Diktat von Brüssel« reden, das diese Kaufkraft beschränkt, betrachtet die radikale Linke die EU und ihre technokratische Schuldenregel als eine Einschränkung ihres politischen Spielraums.

Der Zentralismus spielt in der gesellschaftlichen Debatte eine weitere Rolle. Er wird von Populisten ins Spiel gebracht, um den Kontrast zwischen Paris und der Provinz, zwischen den Eliten und dem Volk hervorzuheben. »In Paris konzentriert sich alles, Paris ist das Zentrum, weil da der ausgabefreudige Staat ist. Der Bürgermeister einer kleinen Stadt kann nicht mal eine Brücke bauen, ohne dass er den Zentralstaat in Paris fragen muss«, erklärt Syrovatka. Ihr unterschiedliches Ausgabeverhalten betrachten Frankreich und Deutschland gegenseitig skeptisch. Eine mögliche Dissonanz innerhalb des deutsch-französischen Motors, die negative Auswirkungen auf ganz Europa haben kann.

### Italien: Zwischen Schulden und europäischer Hilfe

Auch Italien ist massiv verschuldet. 2023 betrug die Staatsverschuldung 134,8% des BIP. Damit ist Italien nach Griechenland das Land mit der zweitgrößten relativen Staatsverschuldung in der Eurozone. Da das Land in der Vergangenheit öfter die Maastricht-Kriterien missachtete, läuft ein Defizitverfahren.

Trotzdem wurde ein Weg für neue Investitionen gefunden. Für den Aufbau- und Resilienzplan Italiens werden z.B. schrittweise rund 192 Milliarden Euro aus dem »Next Generation EU«-Aufbauplan ausgeschüttet (davon 69 Milliarden als Zuschüsse und 123 Milliarden als Darlehen). »Next Generation EU« stellte nach der Corona-Pandemie einmalig 807 Milliarden Euro für Investitionen, besonders in eine grüne Wende und verringerte Krisenanfälligkeit der Union, bereit. Dafür wurde die EU bemächtigt, bis zu 750 Milliarden Euro Schulden aufzunehmen. Normalerweise ist die Aufnahme eigener Schulden durch die EU nicht zulässig, nur in Anbetracht der Nachwirkungen der Corona-Pandemie wurde es ermöglicht. Im Falle Italiens sollen diese Gelder vor allem in die Digitalisierung und Modernisierung der Infrastruktur fließen.

Die Regierung in Rom nutzte also einmalig diese EU-Fördermittel, um trotz der hohen Verschuldung auch weiterhin notwendige Investitionen zu ermöglichen. Dieses Vorgehen könne für Deutschland aber nicht als Vorbild dienen, sagt Giacomo Corneo, Professor für öffentliche Finanzen am wirtschaftswissenschaftlichen Institut der FU. Die Gelder aus dem einmaligen Aufbauplan seien bereits verteilt. Außerdem zahle Deutschland niedrigere Zinsen als die EU. Die Aufnahme von Schulden durch die EU für deutsche Investitionen wäre also ein »politisch und finanzwirtschaftlich kostspieliges Tauschmanöver.«

### Spanien: Eine Schuldenbremse mit Folgen

Auch Spanien hat – wie Deutschland – die Schuldenbremse in seine Verfassung aufgenommen. Allerdings eine »Schuldenbremse spanischer Art«. Diese besagt unter anderem, dass Spanien nicht mehr als 60 % des BIP Gesamtverschuldung



und eine jährliche Neuverschuldung nicht höher als 0,4% des BIP haben darf, und die Rückzahlung der Schulden als Priorität angesehen wird. Allerdings sollten diese Maßnahmen zeitversetzt eintreten, um dem Land genug Zeit zu geben, die Staatsschulden zu verringern. Die Verfassungsänderung erntete jedoch viel Kritik. Drei Wochen lang demonstrierten große Teile der spanischen Bevölkerung gegen die neue Regelung.

Doch nicht alle europäischen Länder sehen sich mit finanziellen Schwierigkeiten und einem immer weiter wachsenden Schuldenberg konfrontiert.

### Norwegen: Viel Öl und ein prall gefülltes Sparschwein

Das reiche Norwegen hat zwar Schulden – derzeit über 600 Milliarden Kronen, das sind ungefähr 52 Milliarden Euro. Dennoch sagt die ehemalige norwegische Bildungsstaatssekretärin und OSI-Alumna Rebekka Borsch: »Norwegen hat kein Schuldenproblem, Norwegen hat ein Sparschweinproblem.«

Mit dem »Sparschwein« ist Norwegens Staatlicher Pensionsfonds, oft Ölfonds genannt, gemeint. In dem Fonds werden seit den 1990er Jahren die staatlichen Öleinnahmen langfristig angelegt. Dies sorgt für Stabilität und Generationengerechtigkeit. Mittlerweile ist er 20 Billionen norwegische Kronen oder 1,7 Billionen Euro wert. Das übersteigt deutlich die Verschuldung des Landes.

Trotzdem nimmt Norwegen Schulden auf, zum Beispiel zur Finanzierung staatlicher Kreditinstitute, die ihrerseits Darlehen an Privatpersonen und Unternehmen vergeben. Trotz dieser strategischen Verschuldung ist die Neuverschuldung aber stets auf einem sehr niedrigen Niveau. »Staatsschulden sind eigentlich kein Diskussions-thema bei uns«, erklärt Rebekka Borsch.

Als Mitglied des europäischen Wirtschaftsraums ist Norwegen eng an die Europäische Union und große Teile ihrer Gesetzgebung gebunden, in der Finanzpolitik ist das Land aber unabhängig. Daher muss es die Maastricht-Kriterien nicht einhalten.



© Næringslivets Hovedorganisasjon

#### Rebekka Borsch:

Vom OSI führen die Wege in alle Welt – für Rebekka Borsch in das Land der Fjorde. Zwischen 2001 und 2004 studierte sie Journalistik und Politikwissenschaften am Otto-Suhr-Institut, bevor sie nach Norwegen auswanderte. Dort schloss sie sich der sozialliberalen Partei Venstre an und war von 2018 bis 2020 als Staatssekretärin im Bildungsministerium tätig. Heute arbeitet sie in der Confederation of Norwegian Enterprise (NHO), die sie als eine »Mischung aus Arbeitgeberverband, Industrieverband, Verband für kleine Unternehmen« beschreibt. Als Abteilungsleiterin für Kompetenz und Innovation liegt ihr Schwerpunkt vor allem auf den Themen Forschung, Bildung und Digitalisierung.

Obwohl Norwegen also keine Schulden zur Deckung des Staatshaushalts aufnehmen muss und keine »Schuldenbremse« oder EU-Schuldenvorgaben kennt, gibt es eine wichtige Regel bei der Planung des Staatshaushalts: die sogenannte »Handlingsregel«. Nach dieser Verfahrensregel dürfen jedes Jahr höchstens 3 % des Wertes dem Ölfonds entnommen werden. Dies entspricht in etwa der erwarteten Rendite. »Hier stoßen diese beiden Grundinteressen ›kurzfristiger Bedarf und ›Geld versus Generationenfrage« aneinander«, erklärt Rebekka Borsch. Es gäbe immer wieder Vorschläge, mehr Geld aus dem Ölfonds zu entnehmen, um beispielsweise die Infrastruktur im dünn besiedelten Norden zu verbessern. Dennoch bestünde ein parteiübergreifender Konsens, dass die Handlingsregel beibehalten wird, um auf lange Sicht immer finanziellen Spielraum zu garantieren. Außerdem bestehe die Gefahr, dass die Inflation angetrieben wird, wenn zu viel Geld aus dem Fonds in den Umlauf kommt. »Zu viel Geld macht eben auch nicht glücklich«, schlussfolgert Rebekka Borsch.

### Wenig Spielraum für Experimente in Deutschland

Anhand dieser Beispiele wird deutlich: auch in anderen europäischen Ländern findet sich keine einfache Lösung für den Umgang mit Staatsschulden. Frankreich, Spanien, Italien und Norwegen haben eigene Antworten für die individuelle Lage ihrer Länder gefunden. Die starre Schuldenbremse deutscher Art ist in anderen EU-Ländern nicht die Norm. Der wirtschaftspolitisch stark begrenzte Spielraum, der der deutschen Regierung bei ihrer Ausgabenpolitik damit bleibt, schafft zwar Disziplin, aber nimmt dem Land Wachstums- und Erneuerungsmöglichkeiten.

#### Professor Dr. Dr. Giacomo Corneo

Giacomo Corneo studierte VWL an der Universität Bocconi in Mailand, promovierte in Politischer Ökonomie an der École des Hautes Études en Sciences Sociales (EHESS) in Paris und habilitierte sich 1997 an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Seit 2004 ist er Professor am wirtschaftswissenschaftlichen Institut der FU.



© privat

#### Dr. Felix Syrovatka:

Felix Syrovatka hat 2017 sein Studium der Politikwissenschaft (im Doppelmaster mit der SciencesPo Rennes) am OSI abgeschlossen. Anschließend promovierte er in Tübingen über europäische Arbeitspolitik. Bis 2024 betreute er das Projekt »Gerechtigkeit durch Tarifvertrag« an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der FU und forschte zur deutschen und französischen Arbeits- und Wirtschaftspolitik. Zurzeit arbeitet er in Bremen an einem Forschungsprojekt des Institutes für Arbeit und Wirtschaft.





# Vererbt, nicht verdient

Was die Erbschaftssteuer mit der Schuldenbremse zu tun haben könnte

VON SOFIE SCHIFFER

Die 33-jährige Marlene Engelhorn ist Millionen-Erbin. Doch sie will das Geld nicht: 27 Millionen Euro. Die Großmutter der wohlhabenden Familie, die einen Großteil ihres Vermögens durch das Chemieunternehmen BASF aufgebaut hat, hinterließ das Geld ihrer Enkelin. Engelhorn aber meint, dass derart große Vermögen – vor allem aus Erbschaften – zu sozialer Ungleichheit beitragen. Sie findet es ungerecht, dass Einzelpersonen durch Geburt oder familiäre Beziehungen in solchen Ausmaßen begünstigt werden, ohne dafür gearbeitet zu haben. Sie hat die Initiative »Tax Me Now« mit gegründet, eine Gruppe wohlhabender Menschen, die sich für eine stärkere Besteuerung von sehr großen Vermögen einsetzt.

## Vermögensungleichheit und Neiddebatte

An diesen Gedanken knüpft ein interdisziplinäres Forschungsprojekts unter Beteiligung der FU Berlin und der TU Dortmund an, das die Entstehung von Reichtum und Vermögensungleichheit in Deutschland thematisiert.

Das Forschungsteam nimmt insbesondere die deutsche Erbschaftsteuer und Wirtschaftseliten in den Blick. Dabei untersuchen die Forschenden Diskurse und Narrative zu verdientem und unverdientem Reichtum. »Deutschland hat für ein industrialisiertes Land und für eine westliche Demokratie eine unglaublich hohe Vermögensungleichheit. Wie kann man rechtfertigen, dass es Menschen gibt, die so viel mehr haben als alle anderen?« fasst Philipp Lепенies, Professor für Politik und Nachhaltigkeit am OSI, die grundlegende Fragestellung des Projekts zusammen. Lепенies nennt zum Beispiel das Narrativ der »Neiddebatte« im Diskurs um die Erhöhung der Erbschaftsteuer als gesellschaftliches Problem.

Sie würde eine konstruktive Auseinandersetzung mit dem Thema verhindern und Befürworter einer progressiven Erbschaftssteuer als »Neider« darstellen. Das Projekt, an dem Lепенies beteiligt ist, zeigt Möglichkeiten für eine Neuausrichtung der Debatte in Deutschland auf und verweist zugleich auf Lücken in der Forschung zu Reichtum und Vermögen.

## Narrative, die eine echte Debatte verhindern

Nicht nur in puncto sozialer Gerechtigkeit sei eine Debatte zur Legitimität von Reichtum und Erbschaft wichtig, so Lепенies. Alternative Arten der Vermögensverteilung – etwa eine höhere Erbschaftssteuer – könnten auch in der aktuellen Debatte um die Schuldenbremse eine neue Perspektive bieten. Doch die Diskussion um die Schuldenbremse übertöne viele Stimmen, die sich für alternative Lösungen zur Entlastung des deutschen Bundeshaushaltes einsetzen. »Es ist bemerkenswert, dass die Volkswagenstiftung festgestellt hat, dass es zwar ganz viel Forschung zu Armen gibt, aber dass die andere Seite, nämlich die der Vermögenden und der Reichen vollkommen untererforscht ist«, gibt Lепенies zu bedenken und lobt die neue Forschungsperspektive.

## Die Schuldenbremse als Denkblockade

In Deutschland existiert eine progressive Erbschaftssteuer, doch vor allem bei großen Betriebsvermögen gibt es nach wie vor Steuerlücken. Das Erbschaftsteuerrecht in Deutschland widerspricht nach mehreren Urteilen des Bundesverfassungsgerichts und anschließenden politischen Nachbesserungen nicht direkt dem Gleichheitsgrundsatz, doch weitere Veränderungen werden politisch diskutiert, auch mit Blick auf eine Vermögenssteuer für große Vermögen.



Philipp Lепенies plädiert dafür, Alternativen zur Schuldenbremse in den Blick zu nehmen. Denn sie zeige ihre gewünschte Bremskraft nicht nur bezüglich steigender Staatsausgaben, sondern auch hinsichtlich eines Ideenreichtums und einer Wirtschaftspolitik, die auf soziale Gerechtigkeit abzielt. Es müssten wieder mehr Verteilungs-Debatten geführt werden, ist sein Credo.

### Gerechtigkeit als Haushaltsstrategie?

Die Schuldenbremse könne auch dazu führen, dass langfristige Investitionen zum Beispiel in Infrastruktur, Bildung und Forschung nicht in ausreichendem Maße finanziert werden und benachteiligte Gruppen eine stärkere Belastung erfahren, gibt Lепенies zu bedenken. Das Forschungsprojekt »The Deserving Rich« – eine Analyse der (Re-)Produktion von Reichtum wird bis 2027 fortgeführt.



© Rhett Wiebe

Dr. Philipp Lепенies ist Professor für Politik mit Schwerpunkt Nachhaltigkeit am Otto-Suhr-Institut und Leiter des Forschungszentrums für Nachhaltigkeit FFN. Er studierte von 1990 bis 1997 Volkswirtschaftslehre an der FU Berlin und absolvierte sein Master-Examen an der London School of Economics. Nach seinem Promotionsstudium folgte die Verfassung seiner Habilitationsschrift, für die er die Lehrberechtigung für Politikwissenschaften erhielt. Er schrieb mehrere Bücher, unter anderem zu Gründen und Folgen von Armut und zum Thema »Verbot und Verzicht«.



### Unser Angebot

- Stipendien und ideelle Förderung
- Foren zum interdisziplinären Austausch
- Zugang zu unserem Netzwerk im In- und Ausland
- Alumni-Programm, Mentoring

### Unsere Erwartungen

- Besonders gute Schul- und Studienleistungen
- Gesellschaftliches Engagement und politisches Interesse
- Unterstützung der Ziele der Heinrich-Böll-Stiftung

### Wir fördern insbesondere:

- Frauen, besonders in den MINT-Fächern
- Menschen mit Migrationsgeschichte, PoC, Geflüchtete
- Studierende an Hochschulen für angewandte Wissenschaften
- Erstakademiker\*innen

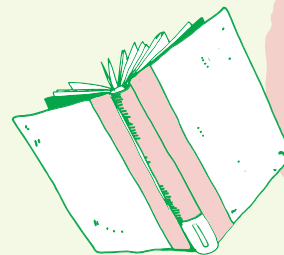
**Besonders ermuntern wir Studierende, die BAföG beziehen, sich zu bewerben!**

### Bewerbungstermine:

**1. März und 1. September**



Aktuelles siehe immer unter [www.boell.de/studienwerk](http://www.boell.de/studienwerk)



Studienstipendien-  
Programm  
**Medienvielfalt anders:  
Junge Migrantinnen  
und Migranten in den  
Journalismus!** Nächste  
Bewerbungstermine:  
1.3.2025, 1.9.2025

**Heinrich-Böll-Stiftung** Schumannstraße 8, 10117 Berlin  
+49 (0)30 2 85 34-0 **boell.de**



# LUST AUF STREIT?

## Autorinnen & Autoren gesucht!

Ihr habt eine eigene Meinung und Lust auf Diskussionen? Ihr seid interessiert an politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Themen? Ihr recherchiert und schreibt gern? Ihr wollt an Pro- und Contra-Debatten teilnehmen und Teil unserer Community werden?

## Dann seid Ihr bei uns genau richtig!

Schreibt uns einfach über [schreibwas@sagwas.net](mailto:schreibwas@sagwas.net) und stellt Euch vor! Wir suchen junge Autorinnen und Autoren, die mit uns drei Dinge teilen: gegenseitigen Respekt, das Bemühen um sachliche Argumentation und ein ehrliches Interesse an einer offenen Streitkultur.

## Was bieten wir Euch?

- spannende Themen
- eine Betreuung durch unsere Redaktion und Lektorat
- Veröffentlichungen mit kleinem Autor\_innen-Porträt auf [sagwas.net](http://sagwas.net)
- Postings Eurer Beiträge auf Facebook und X
- ein angemessenes Honorar für jeden Beitrag
- ermäßigte Teilnahmegebühren bei Workshops und Web-Seminaren von [sagwas](http://sagwas.net)

Mit [sagwas](http://sagwas.net) wollen wir faire Debatten ermöglichen, wo heute am ehesten Meinungsbildung stattfindet: im Internet. Wir brauchen Information, Partizipation und Diskussion – erst recht im digitalen Raum. Und dazu brauchen wir Euch!





INES SCHWERDTNER



# »Ines oder Barbarei«

Wie die Vorsitzende der Linken den Sozialismus an die Haustüren tragen will

VON PAULA BÖHNKE UND LARA WAGNER

In ihrer Kindheit wollte sie noch Teleshopping-Moderatorin werden, aber Ines Schwerdtner's Interesse für Politik war dann doch stärker: »Als Kind habe ich auch sehr viele Stunden damit verbracht, mir Polit-Talkshows und Bundestagsdebatten anzusehen. Vielleicht hat mich das mental vorbereitet.«, sagt die heutige Vorsitzende der Partei die Linke.

»Links politisiert« war sie bereits vor ihrem Bachelorstudium am Otto-Suhr-Institut, unter anderem durch eine Antifa-AG an ihrer Schule. Im Studium hatten »die ersten Marx-Seminare natürlich einen besonderen Einfluss auf meinen Werdegang«, so Schwerdtner. Rückblickend sagt sie: »Ich habe am OSI gelernt, dass es die Organisation von Interessen braucht, am besten in Gewerkschaften und Parteien, mit all ihren Widersprüchen.« So trat sie während ihres Studiums der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) bei, in der sie später auch Sprecherin der Jugendorganisation wurde.

Auch mit der Linken hatte sie bereits vor und während ihres Studiums Berührungspunkte. Die damalige Parteivorsitzende Gesine Löttsch war einer von Schwerdtner's ersten Kontakten zur Linken in Berlin. Eine von ihr organisierte Jugendreise auf den Spuren des antifaschistischen Widerstands in Spanien beschreibt Schwerdtner als sehr prägend.

Nach ihrem Studium hielt Ines Schwerdtner jedoch erstmal »berufsmäßig Abstand« zur Partei und ging in den Journalismus. Von 2020 bis 2023 war sie Chefredakteurin des linkssozialistischen Magazins Jacobin und Host des Podcasts Hyperpolitik. Im August 2023 trat sie schließlich in die

Linke ein, kandidierte zunächst im Frühjahr 2024 erfolglos für das Europaparlament und stellte sich schließlich im Oktober desselben Jahres zur Wahl als Parteivorsitzende – diesmal erfolgreich. Damit wechselte sie von der Rolle der Kommentatorin in die der Politikerin: »Irgendwann aber musste ich mich entscheiden, ob ich als Sozialistin meinen Beitrag leisten muss, damit die einzige linke Partei in Deutschland bestehen bleibt.«

Denn um diese »einzige linke Partei« steht es schon seit einiger Zeit schlecht. Die Umfragergebnisse brechen seit Jahren ein, die Abspaltung des BSW und zuletzt Konflikte um den Nahost-Konflikt zeichnen das Bild einer dauerhaft zersplitterten Partei. Obwohl »die Menschen« laut Schwerdtner »wissen, dass wir uns in sozialen Problemlagen auskennen«, trauen der Linken in Umfragen zwei Monate vor der Wahl nur etwa 3–6% Kompetenzen bei den Themen »angemessene Löhne«, »Altersversorgung« oder »soziale Gerechtigkeit« zu. Das sind weit weniger als bei SPD, CDU, AfD oder den Grünen.

Ines Schwerdtner möchte diesen großen Herausforderungen an der Parteibasis wie im Wahlkreis mit vielen Gesprächen und einer Rückbesinnung auf die Kernthemen Miete und Inflation begegnen. »Ein bisschen Sozialismus steckt im Alltagsverstand«, sagt Schwerdtner und möchte daher nicht nur für die Rechte der Menschen streiten, sondern diese selbst zur demokratischen Teilhabe ermutigen.

»Antifa heißt Wohlfahrtsstaat« heißt es auf ihrer Website, »Eine, die sich kümmert« auf ihren Flyern. Denn der Herausforderungen nicht genug, versucht Schwerdtner in Lichtenberg als



© privat

Ines Schwerdtner und Gesine Löttsch auf der Antifa-Reise in Barcelona

Nachfolgerin von Löttsch eines der für die Linken womöglich überlebenswichtigen Direktmandate zu gewinnen. Dank Löttschs Engagement vor Ort ist Lichtenberg bis jetzt eine Linken-Hochburg. »Bei Gesine ist Wahlkampf jeden Tag vier Jahre lang gewesen und so hat sie das Direktmandat auch immer geholt,« analysiert Schwerdtner und möchte ebenfalls durch ihre Präsenz überzeugen. Allerdings wohnt sie nicht vor Ort und ist bisher kaum bekannt, was sich durch einen intensiven Wahlkampf bis zur Wahl ändern soll. Ganz nach dem Motto »All-in in Lichtenberg« ist ihre Tätigkeit als Parteivorsitzende in den Hintergrund gerückt. »30.000 Haustüren, 100.000 Flyer, 30.000 Zeitungen,« seien laut Schwerdtner das Ziel, wofür die Linke Helfende aus ganz Deutschland mobilisiert.

Auch im Bezirksverband ist ihr Rückhalt groß. Schwerdtner wird hier als notwendiger »Aufbruch« und »frischer Wind« wahrgenommen. Toni Kraus, Vorsitzender der Fraktion der Linken in der BVV Lichtenberg, erzählt, es habe zwischen den Genoss:innen vor Ort und Schwerdtner direkt »gefunzt« und daher auch keinen Gegenkandidaten gegeben. »Ines oder Barbarei,« ergänzt er in Anlehnung an Rosa Luxemburg lachend. Doch auch die Motivation an der Basis kann kaum über die bescheidene Ausgangslage hinwegtäuschen. Ob Schwerdtner also eine ist, die den Linken den Bundestageinzug sichert, wird sich zeigen.



# Christian Bräuer





# »Ich liebe Kino«

## Vorhang auf für Christian Bräuer und seine große Leidenschaft

VON PAULINE GRUSS UND LENNY HALLBERG

Christian Bräuer, Geschäftsführer der Yorck Kinos, zog nach seinem Abitur in eine WG in Berlin. Seine Mitbewohnerin hatte ihn einmal beim Trampen mitgenommen und daraufhin ist er später bei ihr eingezogen. Sie war es auch, die ihn dazu ermutigte, in den Yorck-Kinos als Student zu arbeiten, so wie sie es tat. Doch seine Liebe für Kinos begann schon viel früher. Seine Oma war mit einem Kinobetreiber liiert und als Kind verbrachte er viel Zeit zwischen Leinwand und Popcorn.

An seiner Studienzeit schätzte er die Freiheiten, die ihm das Studium gegeben hat. Er profitiere heute noch von der Selbstdisziplin, die er dadurch erlangt hat, denn seiner Auffassung nach sind Politikwissenschaftler:innen in gewisser Weise Universalisten, die in vielen verschiedenen Arbeitsbereichen gebraucht werden.

Schon bevor er seine Zeit am OSI begann, war er politisch sehr engagiert: »Das Interesse für Politik, das war immer schon die Leidenschaft«. Mit seinem Studium wurde er dann auch Verdi-Mitglied und nahm unter anderem an Tarifvertragsverhandlungen teil. Kurz vor dem Ende seiner Promotion 2004 kam dann der Gründer und Geschäftsführer der Yorck-Kinogruppe auf ihn zu und fragte, ob sie die Firma nicht gemeinsam leiten wollten. Von dort an war sein Weg in die Kinowelt geebnet und seitdem ist er neben Heinrich-Georg Kloster Geschäftsführer der Yorck-Kinos.

Und das, obwohl er uns im Gespräch mit einem Augenzwinkern verriet: »Ich habe anfangs immer gesagt, ich will nicht in der Yorck hängenbleiben«. Bis heute ist er sehr zufrieden mit dieser Entscheidung. Doch damit nicht genug: 2007 wurde er Vorstandsmitglied der AG Kino – dem Bundesverband der Programmkinos – und 2009 dann deren Vorsitzender. Seit 2019 ist er zudem Präsident des internationalen Arthouse Verbands CICAIE.

Zur Filmwelt der letzten Jahre sagt er uns, dass sich vieles verändert habe, wie Menschen sich über Filme informieren, Tickets buchen oder wo sie Filme sehen. Doch eines sei gleich geblieben: das Erlebnis im Kinosaal selbst. Für eine, zwei oder drei Stunden mit Fremden aus der Nachbarschaft zusammensitzen, gemeinsam in Geschichten einzutauchen, sei ein einzigartiges Gemeinschaftsgefühl. Dieses intensive Eintauchen in die Erzählungen sei ein Bedürfnis, das unverändert bleibe. Auch wenn heute Streamingdienste und digitale Plattformen den Zugang zu Filmen erleichtern, sieht Bräuer das Kino weiterhin als unverzichtbaren Ort. Es biete ein anderes Sehen, ein intensiveres, das über die bloße Wiedergabe von Bildern hinausgehe. Das Bedürfnis nach guten Geschichten sei universell und zeitlos, und besonders das Kinoerlebnis habe eine gesellschaftliche Kraft, die nicht zu unterschätzen sei.

Lieblingfilm: To be or not to be (1942)



Deniz Yücel

# »Ich fliege einfach rein«

WELT-Journalist Deniz Yücel über seinen Weg in den Journalismus – und die Rolle des OSIs

VON JANIK LEIDENFROST UND ANNIKA BENZING

»Was muss man studieren, um die Welt zu verstehen?« Volkswirtschaft, Philosophie und ein bisschen Geschichte. Das wäre die magische Trias für Deniz Yücel gewesen, der heute als Autor und Journalist für die Tageszeitung Die Welt tätig ist. Doch Volkswirtschaft war ihm zu anstrengend, Philosophie auch. Schlussendlich fiel die Wahl also auf Politikwissenschaften: »Dieses ›von allem ein bisschen mitnehmen, ohne etwas wirklich zu durchdringen, aber zu allem seinen Senf geben zu können‹ – das hat hervorragend zu dem Job gepasst, den ich immer machen wollte: Journalismus.«

Über den Dächern Berlins sitzen wir mit Deniz Yücel in den Ledersofas des Journalistenclubs. Hier im Dachgeschoss des Axel-Springer-Hochhauses darf man rauchen, und das tut unser Gastgeber auch, der sich während unseres Gesprächs eine polnische Zigarette nach der anderen anzündet. Die Einrichtung – komplett von der London Times aufgekauft – erinnert an eine längst vergangene Ära. Keine Manager, keine Verlagsleute – nur Journalisten unter sich. In dieser Zeit musste sich kein Journalist Gedanken darüber machen, wie sich ein Artikel verkaufen lässt.

Deniz Yücel wollte schon immer Journalist werden, ohne Plan B. »Ich bin vielleicht zu eitel und zu faul für alles andere.« Bereits während seiner Schulzeit war er bei der Mainzer Allgemeinen Zeitung und arbeitete dort im Lokalteil nach dem Abi weiter. Sein Plan: in der Hauptredaktion schreiben und vielleicht irgendwann zur Frankfurter Rundschau wechseln. Dann merkte Deniz Yücel, dass er keine Lust auf diesen langen Weg hatte. Sein Motto war vielmehr, im richtigen Moment einfach reinzufliegen.

Der praktische Weg in den Journalismus war für ihn genau richtig: »Wer diesen Beruf ausüben möchte, mit all seinen Unsicherheiten, muss als erstes das Handwerk lernen. Wie beim Bäcker.« Nach einem Jahr in der Türkei, wo er für die Junge Welt schrieb, ging er Ende der 90er fürs Studium nach Berlin und fand über einen OSI-Kommilitonen Anschluss zur neu gegründeten Jungle World. Er schrieb sieben Jahre lang für die taz, bevor ihn die Welt 2015 als Redakteur einstellte, für die er auch Korrespondent in der Türkei war.

Über seine Inhaftierung reden wir nicht. Darüber hat er schon ein Buch geschrieben und zahlreiche Interviews gegeben. Dafür hält er ein Plädoyer für die Meinungsfreiheit. Als Sprecher setzt er sich gemeinsam mit der Autorinnenvereinigung PEN-Berlin gegen dieses »Gefühl, nichts mehr sagen zu dürfen« ein. »Es gibt ein Recht auf Meinungsfreiheit und auch das Recht, eine dumme Meinung zu haben.« Und es kommt immer dann besonders darauf an, dies zu verteidigen, wenn es einem selber weh tut. »Irgendeinen Scheiß aus der eigenen Richtung zu vertreten ist einfach. Ich weiß nicht, ob ich das immer hinkriege, aber das sollte der Anspruch sein.«

Auf die Frage, ob Journalist heute noch ein empfehlenswerter Job sei, antwortet der Welt-Redakteur: »Für die mit gutem Erbe und dicker Haut im Konkurrenzkampf schon«. Das Politik-Studium bereut Deniz Yücel nicht, am OSI lernte er vor allem das systematische Arbeiten. Allerdings erzählt er uns: »mein Diplom musste ich exakt einmal vorzeigen: meiner Mutter.« Sie sagte: »Gut gemacht, Junge.« Danach hat es niemanden mehr interessiert.



A portrait of a young woman with long, dark hair, wearing a black t-shirt and dark pants. She is standing outdoors, leaning on a metal railing. The background is a blurred cityscape with buildings and greenery. The text "Reem Alabali-Radovan" is overlaid in white at the bottom center of the image.

Reem Alabali-Radovan

# »Der Osten – Mehr als nur Landtagswahlen«

Ein Gespräch mit Reem Alabali-Radovan

VON LENI HEIN

Als Staatsministerin für Integration, Migration und Flüchtlinge und Bundestagsabgeordnete hat Reem Alabali-Radovan nicht nur in Berlin viel zu tun. Ihr Wahlkreis ist gleichzeitig auch ihre Heimat. Nachdem ihre Eltern mit ihr 1996 nach Mecklenburg-Vorpommern kamen, wuchs sie in Schwerin auf und legte dort auch ihr Abitur ab. Zum Studieren zog es Alabali-Radovan anschließend nach Berlin ans Otto-Suhr-Institut wo sie 2013 ihren Bachelor in Politikwissenschaft erhielt.

**In einem Interview haben Sie einmal erzählt, dass Ihre Familie nach der Ankunft in Deutschland etwas enttäuscht war, in Ostdeutschland gelandet zu sein. Woran lag das?**

Das war in den 90ern und die Pogrome in Rostock-Lichtenhagen waren noch sehr präsent. Und auch insgesamt war die Stimmung der sogenannten Baseballschlägerjahre über Deutschland hinaus bekannt. Genau das war dann auch das Bild, das meine Eltern über Ostdeutschland hatten und somit erstmal zu einer gewissen Verunsicherung beitrug. Viele Vorurteile haben sich jedoch nicht bewahrheitet. Mecklenburg-Vorpommern ist auch für meine Eltern Heimat geworden und wir leben hier gerne.

**Wann haben Sie dann explizit gemerkt, dass es auch nach dem Mauerfall Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland gibt?**

Ehrlich gesagt, habe ich das erst richtig gemerkt, als ich 2008 nach Berlin gezogen bin, um zu studieren und dadurch Menschen aus allen Teilen Deutschlands kennengelernt habe. Da habe ich erst so richtig mitbekommen, dass es immer noch Vorurteile gegenüber Ostdeutschland und Ostdeutschen gibt. Während meiner Jugend in Schwerin war mir das nie wirklich bewusst gewesen.

**Warum haben Sie sich dann entschieden, in Berlin Politikwissenschaft zu studieren? Es gibt ja durchaus auch die Möglichkeit, dieses Studienfach in Leipzig oder auch Rostock zu belegen.**

Ich wollte unbedingt ans OSI. Für mich war es sehr wichtig, wie das Institut ausgerichtet ist. Und da das OSI einen großen Schwerpunkt auf internationale Beziehungen und noch dazu eine spannende Geschichte hat, habe ich mich davon sofort angesprochen gefühlt.

**Haben Sie manchmal ein schlechtes Gewissen verspürt, den Osten verlassen zu haben?**

**Es gibt dahingehend auch viele Statistiken, die beispielsweise von einem Männerüberschuss im Osten reden, da Frauen sich öfter entscheiden, zum Studieren fortzugehen.**

Zu dem damaligen Zeitpunkt gar nicht, da war mir das noch nicht so bewusst. Dieses Phänomen war auch in der Form noch nicht so erforscht. Für mich war einfach klar, dass Schwerin keine Universität hat und ich somit weg muss. Ich habe aber damals überhaupt nicht in den Kategorien Osten und Westen gedacht.

**Schauen wir mal auf die aktuelle Politik. Für wie präsent halten Sie das Thema Ostdeutschland im Bundestag?**

Meiner Meinung nach wird das Thema immer sichtbarer. Zum Beispiel haben wir seit dieser Legislaturperiode den Ostbeauftragten als Staatsminister im Kanzleramt. Mit ihm und den richtigen Schwerpunkten konnten wir einiges voranbringen. So wurden u.a. mit gezielten Förderungen Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorte in Ostdeutschland gestärkt.

**Wenn Sie sich nun etwas für den Osten wünschen könnten, was wäre das?**

Ich würde mir wünschen, dass die Potentiale stärker genutzt werden. Gerade als Standortfaktor für Wirtschaft und Forschung haben ostdeutsche Regionen noch ungenutzte Stärken. Hier gibt es große Chancen, viel Fläche und eine gute Infrastruktur – auch wenn diese natürlich noch ausbaufähig ist. Ich wünsche mir aber auch, dass sich die Stimmung in der Gesellschaft verbessert und dass die Politik die Probleme und Ängste der Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt. Damit ein Klima entsteht, das Menschen gerne dazu bewegt, nach Ostdeutschland zu ziehen. Denn wir brauchen diese Zuwanderung: Zuzug aus dem Inland, aber auch Zuwanderung aus dem Ausland in die ostdeutschen Bundesländer. Hierfür brauchen wir eine viel offenere Willkommenskultur.







**FRIEDRICH NAUMANN  
STIFTUNG** Für die Freiheit.

MENTORING + SKILLS + NETWORKING + WISSEN =

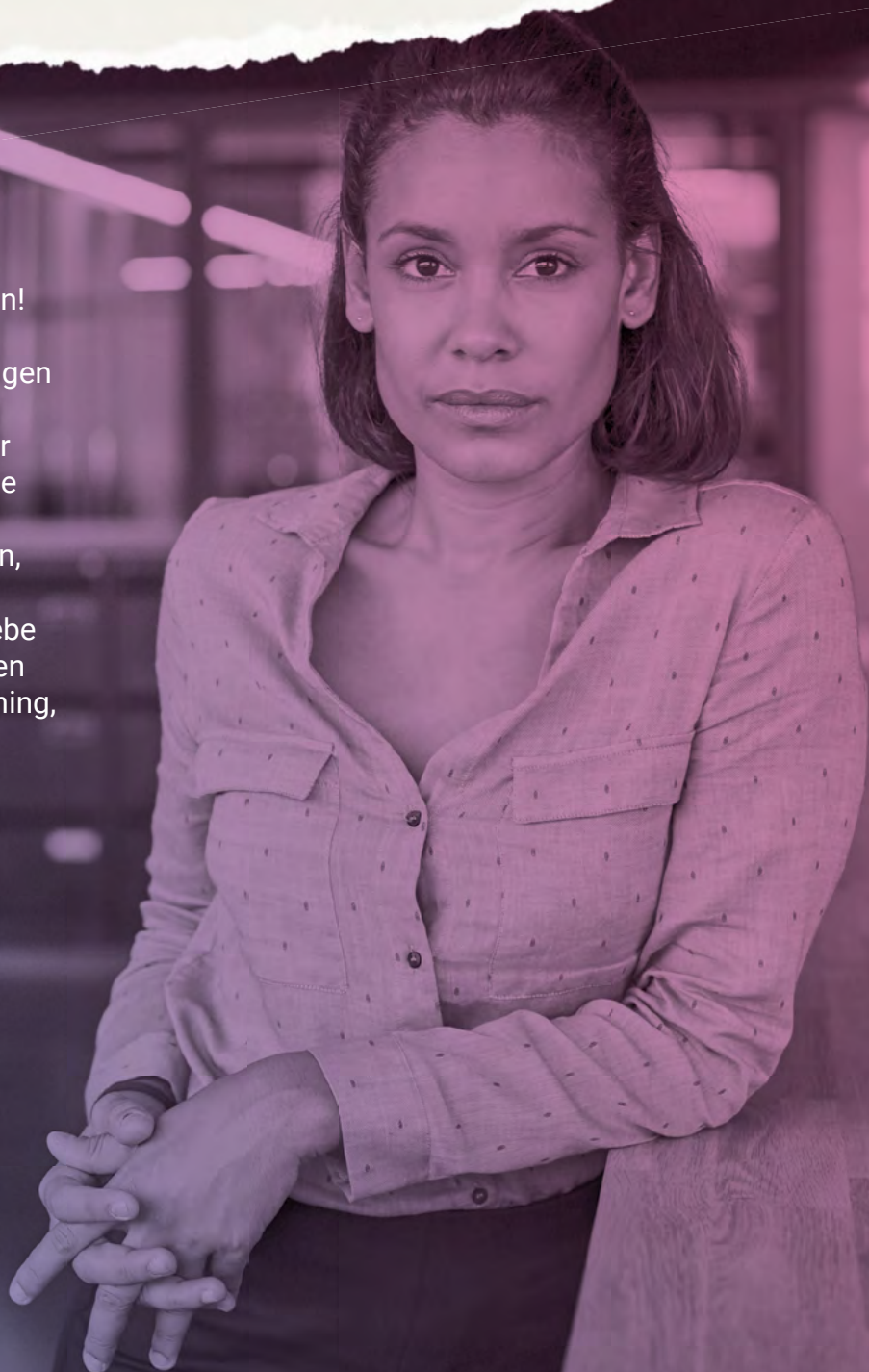
**EMPOWERMENT**  
**#FEMALEFORWARD**

# GUTE POLITIK BRAUCHT MUTIGE FRAUEN!

**DAS EMPOWERMENT-PROGRAMM DER  
FRIEDRICH-NAUMANN-STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT**

Gute Politik braucht mutige Frauen! Weibliche Perspektiven brauchen mehr Sichtbarkeit und die Leistungen von Frauen mehr Anerkennung. Das Empowerment-Programm der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit unterstützt politisch und gesellschaftlich engagierte Frauen, die die liberalen Werte teilen und sich weiterentwickeln wollen. Erlebe ein breites Spektrum an politischen Kompetenzen, Wissen, Skills Training, Mentoring und Networking.

Mehr unter:  
[freiheit.org/empowerment](https://freiheit.org/empowerment)







# Lautes Schweigen am OSI

Zwischen Nahost-Protest und Desinteresse

VON TOBIAS GRAU

Vor dem OSI herrscht eine angespannte Atmosphäre. Eine bunte Menschenmenge hat sich versammelt: Protestierende, Journalisten, Polizisten, ein Vizepräsident der FU und andere Vertreter der Uni und des OSI stehen vor dem Gebäude, dessen Eingang durch Mülltonnen blockiert ist. Eine Ansammlung an Menschen, stellvertretend für den Konflikt, der sich seit Monaten an der

Uni abspielt. Die Gruppe »Students for Palestine« hatte für den 28. November zu einer studentischen »Vollversammlung« in der Ihnstraße 21 aufgerufen. Etwa 50 Demonstrierende waren gekommen und forderten unter anderem einen Raum für kritische Diskussionen über die Positionierung der FU zum Kriegsgeschehen in Gaza.



Das OSI blieb aus Sorge vor einer Besetzung geschlossen, doch kam es zu einem direkten Austausch zwischen den Protestierenden und der OSI-Geschäftsführung. So konnte ausgehandelt werden, dass ein Hörsaal außerhalb des OSI für die Versammlung zur Verfügung gestellt wurde. Professorin Miriam Hartlapp war in ihrer Rolle als Geschäftsführende Direktorin des OSI vor Ort und an der Einigung beteiligt. Sie sieht die Einigung als Erfolg: »Ich glaube, dass das eigentlich ganz glücklich abgelaufen ist. Es gibt natürlich auch da kritische Stimmen, aber das war eigentlich eine ganz gute Lösung, die auch verhindert hat, dass es sich irgendwie hochschraubt.«

Seit dem Angriff der palästinensischen Hamas auf Israel am 7. Oktober und den darauf folgenden Kriegshandlungen Israels in Gaza, war es an der FU zu mehreren Protesten pro-palästinensischer und pro-israelischer Gruppen gekommen. Einige davon hatten Polizeieinsätze nach sich gezogen und die FU immer wieder in die Schlagzeilen gebracht.

Besonders umstritten waren zunächst die polizeiliche Räumung des Protestcamps auf dem Theaterhof im Mai 2024 und die Anzeigen der Universität gegen Studierende. Kritik am Umgang mit dem Protest wurde damals auch von Berliner Dozierenden in einem offenen Brief geäußert. Mitinitiator Jannis Grimm forscht am OSI unter anderem zu Protest, politischer Gewalt und Repression. Er übt Kritik am Umgang der FU mit den studentischen Protestierenden: »Dass das mit dem Theaterhof nicht gut gelaufen ist – ich glaube, das ist jetzt auch irgendwie klar.« Natürlich würde man an Universitäten aber auch aus solchen Fehlern lernen.

Es schloss sich eine zweite Aktion an, die im Oktober für Furore sorgte. Aktivisten waren in das Präsidialamt eingedrungen, hatten Mitarbeitende bedroht und hohe Sachschäden verursacht.

»Das war eine absolute Grenzüberschreitung« erklärte Universitätspräsident Günther M. Ziegler anschließend.

Grimm erkennt nach diesen konfliktreichen Aktionen, dass bei der Einigung im November wieder viel mehr Schritte aufeinander zugegangen wurden. »Ich glaube, dass diese Proteste auch einen gewissen Grad an Vertrauen wieder geschaffen haben.«

»Es ist eine sehr komplexe Gemengelage, in der viele Menschen viel falsch gemacht haben, ich glaube aber auch, dass das zum Teil erkannt und gesehen wird und daraus speisen sich immer wieder die Versuche – und das rechne ich hoch an –, es immer wieder anders zu machen. Dafür war das ein gutes Beispiel.«

Grimm spricht allerdings noch etwas anderes an. Er ist enttäuscht über die geringe Beteiligung gerade von OSI-Studierenden an Dialogangeboten. Es gebe sehr viele Forderungen nach Gesprächsformaten, sobald solche aber geschaffen werden, würde kaum jemand sie wahrnehmen. Er selbst bot nach der Theaterhofräumung eine »offene Sprechstunde« an, um mit Betroffenen, Aktivisten oder Interessierten in Dialog zu treten. Am Ende kamen ca. 60 Studierende: »Ich glaube, 4 davon waren vom Fachbereich Polsoz,« erinnert er sich. Er erklärt sich die niedrige Beteiligung durch ein geringes Vertrauen in die Lehrenden.

Auch Hartlapp betont in Bezug auf die Aktion im November: »Mein persönlicher Eindruck, aber auch der Eindruck von eigentlich allen anderen, mit denen ich da gesprochen habe, war, dass das nicht unsere Studierenden waren.« Im Unterschied zu Grimm schildert sie, dass ihrer Einschätzung nach die OSI-Studierenden bei dieser Frage gar nicht so hoch politisiert seien und begründet damit die ausbleibende Teilnahme an Demonstrationen und Dialogveranstaltungen: »Meine Wahrnehmung ist, dass es viel Zurückhaltung gibt. Die große Mehrheit ist eigentlich eher stumm. Fast zu stumm für PoWi Studierende.«



A photograph of Peter Brandt, an older man with grey hair and glasses, wearing a black sweater and dark jeans. He is sitting on stone steps in front of a doorway. His hands are clasped in his lap. To his right, on the steps, is a small glass of beer. The background shows the interior of a house through the doorway, with a wooden chair visible. The text 'PETER BRANDT' is overlaid in white on the right side of the image.

PETER  
BRANDT



# »Selbstverständlich muss Redefreiheit sein – und zwar uneingeschränkt«

**Der Alt-68er und Historiker Peter Brandt über Studentenprotest und Dialogbereitschaft**

VON FLORIAN RICHTER

**Herr Brandt, zuletzt gab es immer wieder in der FU Proteste pro-palästinensischer Gruppen und Konflikte mit der Uni-Leitung. Dabei kam es auch zu Polizeieinsätzen. Sehen Sie Parallelen zur Studentenbewegung der 60er Jahre?**

Die damalige Situation war insofern speziell, als in West-Berlin seit den späten 40er Jahren eine starke proamerikanische Orientierung in der Stadt vorherrschte, auch bei der Studentenschaft. Der Vietnamkrieg hat hier zu einem massiven Bruch geführt und das Bild der USA vollkommen verkehrt. Für die Mehrheit der Studentenschaft war das der Punkt, wo sich ihre Weltsicht geändert hat. Ob man das mit heute gleichsetzen kann, da bin ich skeptisch. Bei den inneruniversitären Konflikten gibt es sicher Parallelen.

**Gibt es eine Parallele in der Imperialismuskritik, die damals gegenüber den USA geäußert wurde und heute gegenüber Israel?**

Die gibt es, und das ist ja auch nicht völlig abwegig. Israel wurde damals unter anderem kritisiert, weil es sich als einen Stützpunkt der westlichen Zivilisation im »barbarischen Umfeld« versteht. Doch die Sicht auf »Imperialismus« war wohl stärker theoretisch untermauert.

**Das sehen Sie heute nicht?**

Nicht so stark. Aber ich will jetzt auch nicht in der Rolle des Opas sein, der sagt, dass damals alles durchdacht war und es heute aus dem Ruder läuft.

**Damals eskalierte der Konflikt im Nahen Osten immer wieder. 1967 eroberte Israel im Rahmen des Sechstagekriegs umliegende Regionen, darunter den Gazastreifen, die Golanhöhen und das Westjordanland. Wie wurde darüber unter den Studierenden diskutiert?**

Ich habe es so erlebt, dass die Mehrzahl zunächst noch eher pro-israelisch war und dem vorherrschenden Narrativ gefolgt ist: Israel, bedroht von den arabischen Staaten, beendete diese Gefahr mit einem Befreiungsschlag. Man konnte damals auch nicht wissen, dass die Besetzung viele Jahrzehnte dauern würde. Aber man konnte schon merken, dass mit jedem Monat die Einstellung zu Israel kritischer wurde.

**Im Zuge der pro-palästinensischen Proteste wird auch immer wieder die Frage diskutiert, welche Aussagen legitim und welche antisemitisch sind. Fielen auch in der damaligen Studentenbewegung Aussagen, die Sie als antisemitisch bezeichnen würden?**

Ich habe in der linken Szene nie Antisemitismus wahrgenommen. Zu meiner Schande habe ich auch nicht richtig die Irrsinnigkeit, die die »Tupamaros West-Berlin« mit dem Anschlag auf das jüdische Gemeindehaus 1969 gemacht haben, mitbekommen. Was es verbreitet gab, war eine gewisse Nonchalance im Umgang mit Israel. Man hatte nicht stets im Bewusstsein, dass man



als Deutsche über Israel nicht so reden darf wie jeder andere auf der Welt. Nicht bei allen war das präsent.

### **Und heute? Haben in den vergangenen Monaten manche Aussagen die Grenzen überschritten?**

Ja, die Nonchalance von vor Jahrzehnten ist heute viel deutlicher. Es ist nicht mehr im Bewusstsein, was in Europa im Zweiten Weltkrieg mit den Juden geschehen ist und dass das uns immer noch etwas angeht, auch diejenigen Migranten, die dauerhaft in Deutschland leben wollen.

### **Im Mai hat die FU ein Protestcamp räumen lassen. Wieviel Protest muss eine Universität aushalten?**

Ich war ja nicht nur ein oppositioneller junger Mann, revolutionär im eigenen Selbstverständnis, ich war auch viele Jahre Assistent und Hochschul-lehrer. Und da verändert sich natürlich die Perspektive. Selbstverständlich muss Redefreiheit sein – und zwar uneingeschränkt. Ich finde, die Universität ist ein Ort der geistigen Auseinandersetzung. Aber ich bin ja auch kein Purist. Ein Vorlesungsboykott kann unter Umständen legitim sein.

### **Mehrere Berliner Dozierende verfassten nach der Auflösung des Protestcamps einen offenen Brief, in dem sie sich hinter die Protestierenden stellten und meinten, dass das FU-Präsidium das Camp ohne ein vorangehendes Gesprächsangebot polizeilich habe räumen lassen. Die FU argumentierte, ein Dialog oder Verhandlungen mit der Hochschulleitung seien abgelehnt worden. Sind Protestcamps eine legitime Protestform?**

In der Tendenz würde ich das bejahen. Ich bin keiner, der sich alles gefallen lässt. Aber wenn meine Lehrveranstaltung blockiert würde, würde ich das Gespräch anbieten und über den Gegenstand des Protests diskutieren. Aber natürlich hat man eine andere Rolle als Professor oder Lehrender und kann sich nicht ohne Wenn und Aber auf die Seite eines jeden Protests stellen.

### **Es gibt auch Studierende, die die Protestierenden für ihre mangelnde Dialogbereitschaft kritisierten. Inwiefern wurden zu Zeiten der Studentenbewegung verschiedene Meinungen geduldet?**

Es war nie so, dass der kontroverse intellektuelle Diskurs völlig ausgeschaltet war. Es gab immer wieder Veranstaltungen, an denen auch von der Mehrheitsströmung grundsätzlich abweichende Meinungen zu Wort kamen, und auch Gruppen, die eine Gegenteiligkeit ausdrückten. Nur wurden auch einige von ihnen »infiziert« von der Studentenbewegung. Grundsätzlich zeichnen sich solche Bewegungen nicht durch besondere Toleranz aus. Immer wieder wurden Vertreter anderer Positionen niedergebrüllt. Heute kritisiere ich allgemein am politischen Diskurs, dass die Wenigsten bereit sind, sich mit Standpunkten auseinanderzusetzen, die völlig konträr zu ihrer eigenen Position sind. Das hat sich generell zum Negativen verändert, nicht nur in der Studentenschaft.



© privat

Prof. Dr. Peter Brandt, ältester Sohn des späteren Bundeskanzlers Willy Brandt, studierte an der FU Geschichte und Politikwissenschaft zu Zeiten der Außerparlamentarischen Opposition, in der er sich auch engagierte. 1973 promovierte Brandt ebenfalls an der FU und wurde 15 Jahre später an der TU Berlin habilitiert. Von 1989 bis zu seiner Emeritierung 2014 leitete er das Lehrgebiet »Neuere Deutsche und Europäische Geschichte« an der Fernuniversität in Hagen.



# Ein Stück Stoff scheidet die Geister

Das Palästinensertuch nach Arafat, Lagerfeld und dem 7. Oktober 2023

VON TIMO GEMMEKE

Solidaritätsbekundung mit den Palästinenser:innen, »Terrorlappen« oder Modeaccessoire: Die Kufiya, hier bekannt als Palästinensertuch, lässt viele Interpretationen zu. Seit dem 7. Oktober 2023 ist das Tuch wieder auffällig präsent. Wofür steht das prägnante Stück Stoff, wenn Demonstrierende verschiedenster Lager und Modefans es gleichzeitig tragen?

Wer sich das »Pali« um den Hals legt, beruft sich – mal progressiv, mal propagandistisch – auf die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser:innen.

Ob Hitler-Kollaborateur al-Husseini oder Friedens-Nobelpreisträger Arafat, ob anti-imperialistische Linke oder antisemitische Rechte: Die Liste der Kufiya-Träger:innen ist so kontrastreich wie das ikonische Muster des Tuches selbst.

Mit Karl Lagerfelds Entwürfen im Kufiya-Stil fand das Tuch, das ursprünglich Landarbeiter aus der Region Kufa im Irak vor Sonne, Wind und Sand schützen sollte, seinen Weg in die Modewelt. »Als modisches Accessoire wurde es von der Modeindustrie für den Massenkonsum vermarktet und verlor damit für lange Zeit seine politische

Symbolik«, schreiben die Kunsthistorikerin Prof. Dr. Christina Threuter und die Modesoziologin Prof. Dr. Antonella Giannone in ihrem Buch *Protestkleider*.

Seit den jüngsten Ereignissen im Nahen Osten, vor allem dem 7. Oktober 2023, kehrt die Kufiya in den öffentlichen Raum zurück. Bei Demonstrationen, in Cafés, auf dem Campus. Ist sie wieder ein politisches Symbol? Für Aktham Suliman, syrischer Journalist und OSI-Alumnus, war die Kufiya nie wirklich verschwunden: »Immer wenn es im Nahen Osten brennt, wird die Kufiya als Zeichen der Solidarität mit dem palästinensischen Volk hervorgeholt.« In ruhigeren Phasen, etwa während der Unterzeichnung des Osloer Abkommens oder nach dem Tod Yassir Arafats, sei sie weniger präsent gewesen – schlicht, weil weniger Bedarf für ein Symbol der Solidarität bestand.

Angenommen, die Kufiya hat ihre politische Symbolhaftigkeit nicht verloren oder zumindest wiedererlangt – wenn sie also heute kein entkerntes Modeaccessoire ist: Wofür steht sie dann?

Der jordanisch-deutsche ZEIT-Journalist Yassin Musharbash schildert in einem Zeit-Podcast seine Perspektive auf das Tuch, das er seit seiner Kindheit kennt und vor allem mit seiner jordanischen Familie verbindet: »Ich kann in Deutschland keine Kufiya mehr tragen, weil ich von einer signifikanten Anzahl von Menschen sofort auf eine bestimmte Art und Weise einsortiert würde: Als einer dieser verrückten Hamas-Unterstützer, die zum Teil auch an deutschen Unis rumturnen.«

Suliman widerspricht entschieden: »Wenn die Kufiya wirklich das berüchtigte ›Terror Tuch‹ wäre, dann wären alle Bauern in der Region Palästina Terroristen.« Der Vorwurf, die Kufiya verherrliche Gewalt und Antisemitismus, lenke vom eigentlichen Kern ab: »Man solidarisiert sich mit einem Volk, das aus seinem Land vertrieben wurde.«

Auch eine direkte Verbindung zwischen der Kufiya und den Ereignissen des 7. Oktober weist Suliman zurück. »Es gab an diesem Tag nicht plötzlich mehr Kufiya-Träger:innen, sondern erst später, als der israelische Angriff auf Gaza begann.«

In diesem Sinne sei sie immer ein nationales Symbol gewesen, nie ein religiöses. Terrororganisationen wie Al-Qaida oder der IS hätten sie nie genutzt, und auch die Hamas sei nicht prägend. »Dass Hamas-Kämpfer die Kufiya vereinzelt tragen, liegt daran, dass sie Palästinenser sind. Aber das Tuch ist kein Symbol der Hamas.«

Die Kufiya stehe für Protest gegen Unterdrückung und sei ein Zeichen des Widerstands, nicht der Gewalt, betont Suliman. Politische Symbole ihrer Art würden häufig missverstanden oder missbraucht. »Wenn jemand ein T-Shirt von Che Guevara trägt, geht es auch nicht nur um Lateinamerika, sondern um alle Unterdrückten der Welt. Es geht den Meisten um die Symbolik der Person, nicht um eine Glorifizierung einzelner Taten.« Gleiches gelte für die Kufiya: »Der Kern ihrer Botschaft bleibt die Solidarität.«



© Aktham Suliman

Aktham Suliman ist ein syrischer Journalist und Autor. Geboren 1970 in Damaskus (Syrien), zog er 1989 nach Berlin. Ab 1990 studierte er an der FU Publizistik, Politologie und Islamwissenschaft. Ab 2002 war er Korrespondent des arabischen Nachrichtensenders Al Jazeera in Berlin, den er aus Protest gegen aus seiner Sicht tendenziöse Berichterstattung 2012 verließ.



# OSI CLUB

Verein der Freundinnen und Freunde  
des Otto-Suhr-Instituts e.V.



Der **OSI-Club** ist das Alumni-Netzwerk der Studierenden und Ehemaligen des Otto-Suhr-Instituts.

Der **OSI-Club** ist ein globales Netzwerk für Berufstätige und Studierende mit Basis in Berlin.

Lernt uns kennen – gern schicken wir Euch unseren monatlichen Newsletter.

**Schreibt uns an**  
**[info@osi-club.de](mailto:info@osi-club.de)**





DOROTHEA GÄDEKE



# »Die Chance kriege ich nicht nochmal«

**Dorothea Gädeke ist die neue Leiterin des Arbeitsbereichs Politische Theorie und Rechtstheorie.**

VON MORITZ KREIMEIER

Als Dorothea Gädeke 2018 in die Niederlande ging, wollte sie eigentlich für immer dort bleiben. Bis ein Angebot aus Berlin kam: Professur am OSI und Leitung des Arbeitsbereichs für Politische Theorie und Rechtstheorie.

Die Stelle könnte kaum besser zu Gädeke passen. Aufgewachsen im Ruhrgebiet studierte sie an der FU Politikwissenschaft, Philosophie und Öffentliches Recht und machte ihr Diplom am OSI. Ihre Diplomarbeit wurde von Bernd Ladwig betreut. Gädeke promovierte in Frankfurt und absolvierte Forschungsaufenthalte in Princeton und Johannesburg. 2018 übernahm sie eine Professur in Utrecht.

Und dann kam eben dieser Anruf aus Berlin. »Die Entscheidung fiel mir schwer, aber ich dachte: Die Chance kriege ich nicht nochmal«, sagt Gädeke. Eine Professur in Berlin kriegt man selten angeboten, noch dazu einen Arbeitsbereich, der so gut zur eigenen Arbeit passt. Früher unter dem Namen »Politik und Recht« beschäftigt sich der Lehrstuhl schon lange mit politischer Theorie und Rechtstheorie sowie öffentlichem Recht. Unter Dorothea Gädeke kommt nun die Schnittstelle zur Philosophie hinzu.

Das sieht man auch an Gädekes aktuellem Forschungsprojekt: »Theorizing Freedom from Below« beschäftigt sich mit dem Freiheitsbegriff und Perspektiven von Menschen, die selbst große Unfreiheit erlebt haben. Auch wenn das Projekt jetzt an der FU angesiedelt ist, sind ihre Mitarbeiterinnen weiterhin in Utrecht. Gädeke lebt noch etwas zwischen zwei Welten und reist viel hin und her.

Wegen ihrer Forschung ist Gädekes Lehrtätigkeit zur Zeit noch reduziert. Im Wintersemester 2024/25 bietet sie nur ein Seminar und ein Kolloquium an. Ihre weiteren Lehraufgaben werden von Markus Patberg vertreten, der mit der Verfassungstheorie auch einen anderen thematischen Schwerpunkt mitbringt als Gädeke. Ihr Fokus liegt auf Theorien der Beherrschung, sowohl aus Sicht der kritischen Theorie als auch aus republikanischer Sicht. Durch ihren Forschungsaufenthalt in Südafrika gewann die Professorin zudem ein Herzensthema: »Zu afrikanischer Philosophie werde ich sicher ein Seminar am OSI anbieten«.

Als wäre all das nicht schon genug, ist Gädeke zudem bei »SCRIPTS« aktiv. Das Forschungsprogramm untersucht die Gefahren für die liberale Grundordnung und ist Teil der »Exzellenzstrategie« von Bund und Ländern. Neben Gädeke sind noch weitere OSI-Professor:innen am Programm engagiert, Tanja Börzel ist die Direktorin.

Wenn Gädeke mal eine Pause braucht von Forschung, Lehre und Administration, macht sie Musik, spielt Bratsche und Geige im Orchester.

»Ich habe in Berlin viele Freunde, die ich fast alle aus meinen Zeiten im Collegium Musicum kenne«, sagt sie. Gute Voraussetzungen also für ein Leben in der Hauptstadt. Gädeke muss aber schon wieder los, einer ihrer Doktoranden verteidigt seine Arbeit in Utrecht. Gar nicht so einfach, Dorothea Gädeke an einem Ort zu halten.





# Erasmus-Krise am OSI

## Wie Personalnot fast das Austauschprogramm lahmlegte

VON FABIAN VOTH



Mit Erasmus an den Bosphorus

Als im Oktober 2024 ein Anruf aus der Internationalen Studierendenmobilität kam war klar, die Lage ist ernst – wenn jetzt nichts passiert, droht der Supergau: Für das akademische Jahr 2025 / 26 könnten keine OSI Studierenden über das Erasmus-Programm gefördert werden.

Und das, obwohl das Erasmus Programm des Otto-Suhr-Instituts mit den meisten Outgoings und den meisten Incomings das größte der ganzen FU ist. Die Auswahl ist riesig, das OSI bietet Austauschplätze an mehr als 35 Partnerhochschulen in 14 europäischen Ländern an. Anders als an anderen großen Fachbereichen der FU, an denen sich Vollzeitkräfte um die Angelegenheiten der Auslandsinteressierten kümmern, sind es am OSI seit jeher Studentische Hilfskräfte (SHK), die den enormen Verwaltungs- und Koordinationsaufwand allein stemmen müssen.

Als im Sommer 2024 nur noch eine SHK für die gesamte Erasmus-Organisation zuständig ist, spitzt sich die Lage zu. Die Flut an Fragen, Emails und Learning Agreements konnte nicht mal im Ansatz bearbeitet werden. Studierende mussten teils mehrere Wochen auf Antworten warten.

Corinna Schroeder, Referentin der OSI-Geschäftsführung, beschreibt die Personalprobleme: Durch den 2018 eingeführten TV Stud III, den Tarifvertrag für studentische Beschäftigte, ist es den SHKs nicht mehr gestattet, Verwaltungsaufgaben zu übernehmen. Dementsprechend wurde die ausgeschriebene SHK-Stelle für das Erasmus-Büro, die für Entlastung sorgen sollte, vom Personalrat der studentischen Beschäftigten der FU geblockt. Als sich dann noch das Akademische Auslandsamt meldete und mit dem Ausschluss des OSIs für das Erasmus-Programm 25 / 26 drohte, entschied sich Corinna Schroeder, on top ihrer eigentlichen Aufgaben, dem OSI-Erasmus Büro auszuhelfen und den Nachrichtstau systematisch abzarbeiten. In einem folgenden Gespräch mit der Verwaltungslleitung des FB Politik- und Sozialwissenschaften kämpft Corinna Schroeder um die Zukunft des OSI-Erasmus-Büros. Mit Erfolg: Die SHK-Stellen sollen in reguläre E3-Stellen (25 %) umgewandelt werden. Zusätzlich soll noch eine 25 %-Stelle für einen wissenschaftlichen Mitarbeiter geschaffen werden.

Gute Nachrichten also für alle, die ihren Auslandsaufenthalt planen. Denn nun steht Kopenhagen, Lissabon oder Istanbul wohl doch nichts mehr im Weg.



# Zur Koexistenz von Erinnerung und Alltag

Erste Einblicke in die Ausstellung  
»Erinnerungsort Ihnestrasse«

## ERINNERUNGORT IHNESTRASSE

Eine Ausstellung der Freien Universität  
An exhibition presented by Freie Universität

Ihnestrabe 22 ist seit rund  
Ort der Wissenschaft: Von 1927  
d sich hier das Kaiser-Wilhelm-



## VON KIM REITH

Auf vertrauten Wegen durch die Gänge der Ihnestraße 22 stolpern Studierende und Beschäftigte des Otto-Suhr-Instituts seit Oktober überall auf die dunkle Vergangenheit des Gebäudes. Grund dafür ist die Dauerausstellung »Erinnerungsort Ihnestraße – Wissenschaft und Unrecht«, das Ergebnis des seit 2019 am OSI angesiedelten Forschungsprojekts »Geschichte der Ihnestr. 22«.

In erster Linie gehe es bei der Ausstellung darum, Studierende, Beschäftigte und Besucher darüber zu informieren, an welchem Ort sie sich bewegten, so Dr. Manuela Bauche, die Leiterin des Projekts. Das Gebäude war von 1927 bis 1945 Sitz des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik.

Über insgesamt zwölf Stationen, verteilt auf das Außengelände und vier Stockwerke, macht die Ausstellung eindringlich die Verstrickung des Instituts in ethische Grenzüberschreitungen und menschenverachtende Forschungen sichtbar. Auf einem großen Stundenplan neben dem Eingang zum Hörsaal fallen Kurse wie »Rassenprobleme« oder »Die Frage der Asylisierung und Sterilisierung« ins Auge. Fortbildungen aus einer Zeit lange bevor hier politische Theorie gelehrt wurde.

Im Untergeschoss, wo sich die Seminarräume befinden, ist es während der Seminarzeiten fast schon bedrückend still. In den langen, menschenleeren Flur ragen dreidimensionale Ausstellungsstationen mit mehreren Ebenen. Diese »Störer« unterbrechen das szenografische Ausstellungskonzept des Rasters, das die historische Praxis des KWI-A, Menschen in Kategorien zu zwingen, aufgreift. Einige Stationen erzählen die Geschichten von Menschen, die diesen Forschungspraktiken zum Opfer gefallen sind.

»Uns war von Anfang an klar, dass wir auch die Geschichten von Opfern erzählen wollen«, erklärt Bauche.

Die Opfergeschichten im Zusammenhang mit dem KWI-A seien bisher kaum erforscht gewesen, eine Forschungslücke, zu der das Forschungsprojekt einen Beitrag leistet. Dafür mussten zahlreiche Archive aufgesucht werden, eine Herausforderung, die von vielen Erfolgsmomenten geprägt gewesen sei. Dank dieser Arbeit können die Geschichten von Hildegard A. und Josef Kaiser heute erzählt werden.

Die Nennung der Namen von Opfern ist in der Ausstellung uneinheitlich umgesetzt. Die Anonymisierung der Namen sei eines der Themen gewesen, über das man sich mit dem Beirat von Selbstorganisationen ausgetauscht habe.

»Es gibt einfach verschiedene Perspektiven auf diese Frage, die mit den zusammenhängenden, aber im Detail doch unterschiedlichen Verfolgungsgeschichten zu tun haben und das fand ich sehr spannend.«, erinnert sich Manuela Bauche. Man habe sich am Ende darauf geeinigt, nur nach expliziter Zustimmung von Nachkommen die Klarnamen zu nutzen.

Mit dem Ende der Seminare öffnen sich im Untergeschoss die Türen und die Unterhaltungen und Schritte von Studierenden unterbrechen die Stille. In der Gegenwart bleibt trotz der eindrücklichen Inhalte die Normalität des universitären Lebens präsent. Die nun geöffnete Tür des UG2 gibt den Blick auf einen schlichten Seminarraum frei. Ein ausgestelltes Foto auf dem Gang zeigt denselben Raum als »Untersuchungszimmer für Zwillinge« um 1930 und macht Betrachter zu Zeugen der Vergangenheit.

Mit dem Forschungsprojekt reagiert die Freie Universität auf zahlreiche Forderungen und Vorarbeiten seit den 80er Jahren und übernahm den Großteil der Kosten dafür. Die Gestaltung und Produktion der Ausstellung wurden durch





© Bernd Wannemacher

»Wissenschaft kennt aus sich heraus keine ethischen Grenzen. Diese müssen gesellschaftlich ausgehandelt werden«, so Historiker Hans-Walter Schmuhl. Die Geschichte der Familie Mechau verdeutlicht die Verstrickung von NS-Verbrechen und menschenverachtender Forschung.

Drittmittel in Höhe von 212.000 Euro von der LOTTO-Stiftung Berlin, 20.000 Euro von der Ernst-Reuter-Gesellschaft und 20.000 Euro von der Max-Planck-Gesellschaft finanziert. Mit der Eröffnung der Ausstellung sei die Auseinandersetzung mit der Geschichte jedoch nicht beendet.

Seit letztem Jahr beschäftige sich das Forschungsteam bereits mit den Beziehungen des KWI-A und der FU. Manuela Bauche betont: »Es ist nicht das erste Bemühen, diese Geschichte sichtbar zu machen. Und deswegen wird es sicher auch nicht das letzte sein.«

### »ERINNERUNGORT IHNESTRASSE«

**Öffnungszeiten:** Mo - Fr: 14:00 - 18:00 Uhr

**Führungen:** Auf Anfrage bei [erinnerungsort@polsoz.fu-berlin.de](mailto:erinnerungsort@polsoz.fu-berlin.de)

Oder in Kooperation mit der MPG jeden 1. und 3. Freitag im Monat, 14:00 Uhr.

Anmeldung bei [dahlemtour@gv.mpg.de](mailto:dahlemtour@gv.mpg.de)

**Eintritt kostenlos. Die Ausstellung ist barrierearm über den Hinterhof und einen Aufzug erreichbar.**





# Von Adorno-Welle über NATO-Strategie bis KI

Abschlussarbeiten am OSI

VON FABIAN BIEDA

Viele Wege führen bekanntlich nach Rom – und wohl auch zu einem Thema für die Bachelor- oder Masterarbeit. Das bestätigen alle Professor:innen, mit denen die OSI-Zeitung über Abschlussarbeiten am OSI gesprochen hat. Sowohl Sabine Kropp, Leiterin der Arbeitsstelle »Politisches System der Bundesrepublik Deutschland«, als auch Thomas Risse, Seniorprofessor am Exzellenz-Cluster SCRIPTS, und Dieter Ohr, Professor für Methoden der empirischen Sozialforschung, berichten, dass Bachelor- und Masterarbeiten häufig aus den angebotenen Seminaren heraus entstehen. Hausarbeiten dienen dann als »Testläufe« für die Abschlussarbeiten. Doch auch spezielle berufliche Möglichkeiten, die etwa Zugang zu Daten eröffnen, können ein Faktor sein, erklärt Ohr. Kropp ergänzt, dass Studierende durch die Projektkurse ebenso die verfügbare Datenlage gut kennen und ihre Themen entsprechend ausrichten würden.

Daneben ist auch die aktuelle Weltlage ein Faktum, wenngleich Abschlussarbeiten nicht mit journalistischen Interessen gleichzusetzen seien, wie Kropp betont. Im Bereich der Internationalen Beziehungen (IB) dauert es meist gut ein Jahr, bis sich aktuelle Ereignisse in den Abschlussarbeiten widerspiegeln, berichtet Risse. Zuletzt war das mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine

der Fall, der Themen wie Bundeswehr oder NATO-Strategien, die 15 Jahre keine Rolle gespielt hätten, wieder auf die Tagesordnung gesetzt hat. Eine analoge Entwicklung erwartet Risse demnächst für den Nahen Osten.

Aktualität ist auch ein Faktor in politischer Theorie und Philosophie, sagt Bernd Ladwig, der dafür zuständige Professor. Das gelte für die Krise der Demokratie wie für die ökologische Krise. Kropp beobachtet ebenfalls, dass die Themen Resilienz von Demokratien, Veränderungen im Parteiensystem sowie das Aufkommen rechtspopulistischer Parteien eine immer wichtigere Rolle spielen würden. Gleichzeitig hätten technische Infrastrukturthemen, wie Digitalisierung, Datenschutz und Künstliche Intelligenz (KI), aber auch Verkehr und Wohnen, in ihrem Bereich derzeit Konjunktur. Neben der Aktualität spielen in der politischen Theorie auch persönliche Vorlieben für bestimmte Autor:innen und politisch motivierte Konjunkturen eine entscheidende Rolle. Ladwig erzählt, dass es vor einigen Jahren eine »Adorno-Welle« gab, während er zuletzt eher mal Arbeiten zu Donna Haraway und dem neuen Materialismus betreut habe.

## Bei Theorie und Methodik hapert es manchmal

Während Ladwig in seinem Bereich, den er als Sammelbecken für Abschlussarbeiten abseits des politikwissenschaftlichen Mainstreams sieht, eine sehr heterogene Theorie-Verwendung konstatiert, stellt Ohr in der empirischen Wahlforschung, die er oft in Zusammenarbeit mit Thorsten Faas betreut, eine starke Konstanz der Theorien fest. Kropp ergänzt, dass besonders normative Theorien und die Ideengeschichte für das OSI prägend seien, allerdings sei es in der Betreuung oft ein Knackpunkt, dass empirische Analysen theoriegeleitet und präzise durchgeführt werden. In den IB beobachtet Risse einen Wandel: Statt wie lange üblich, Großtheorien gegeneinander antreten zu lassen, wird mittlerweile auf eine Vielzahl von Theorien zurückgegriffen, wobei es manchmal Probleme verursache, diese sauber auf den empirischen Fall anzuwenden.

Das viel größere Defizit sieht Risse allerdings in der Methodenausbildung am OSI: »Viele Studierende, die eine Abschlussarbeit hier schreiben, wissen nicht, was ein Forschungsdesign ist.« Kropp sieht hier ebenso Nachholbedarf, meint aber auch, dass die Methodenausbildung »deutlich angezogen hat in den letzten Jahren«. Es gebe eine methodische Professionalisierung und Diversifizierung von qualitativen Inhaltsanalysen, über Text-as-Data-Methoden bis hin zu klassischen statistischen Methoden, die zusammen mit einer besseren Text- und Datenverfügbarkeit neue Fragestellungen eröffneten. Ohr beklagt dennoch ein zu geringes verpflichtendes Methodenangebot am OSI. Für den Monobachelor hätte er sich im Zuge der Reformierung zwei grundständige Methodenmodule gewünscht – Standard an vielen deutschen Universitäten. Gleichzeitig gebe es in seinem Bereich auch methodisch sehr starke Ausarbeitungen. Dank besserer technischer Möglichkeiten und größerer Datenverfügbarkeit hätte sich die Qualität in der Datenanalyse deutlich erhöht.

## »Also doof sind die nicht«

Es ist ein Eindruck, der sich in allen Interviews abzeichnet: Die Professor:innen sehen allgemein eine hohe Qualität in den Abschlussarbeiten am OSI. Ursächlich sei auch der hohe Numerus Clausus, der als starker Selektionsmechanismus in der Auswahl der Studierenden wirkt. Die Qualität der Bachelor- und Masterarbeiten sei so – auch im Vergleich zu anderen deutschen Universitäten – insgesamt sehr hoch. Unisono berichten alle Professor:innen, sie hätten immer wieder Arbeiten betreut, die im Grunde bereits für wissenschaftliche Publikationen geeignet wären. »Also doof sind die nicht«, sagt Risse über die OSI-Studierenden, und auch Kropp findet die Studierenden »überdurchschnittlich produktiv und kreativ«.

## KI könnte die Abschlussarbeiten killen

Mit Blick auf die Zukunft stehen in der akademischen Landschaft durch KI maßgebliche Veränderungen bevor. So würden sich ganz neue Fragestellungen ergeben, etwa dazu, was es für demokratische Legitimation bedeutet, wenn man Verwaltungsentscheidungen an Algorithmen oder KI delegiere, berichtet Kropp. Doch auch die wissenschaftliche Art zu arbeiten verändere sich – mit Chancen, aber auch Risiken, wie beispielsweise Plagiatsproblemen. Vor diesem Hintergrund ist es fraglich, ob Abschlussarbeiten als Prüfungsform auf Dauer Bestand haben werden. Ohr sieht hier einen Rüstungswettlauf zwischen Studierenden und Dozierenden – ein Rennen, das für die Betreuer:innen nicht zu gewinnen sei. Vielmehr liege die Zukunft daher in den klassischen Prüfungsformen wie Klausuren oder mündlichen Prüfungen. Ladwig stimmt zu, betont aber, dass solche Diskussionen am OSI nicht breitflächig geführt werden und so in naher Zukunft erstmal keine Änderungen zu erwarten seien.



OSI-Zeitung masthead with logos and publication details for July 1993, July 1994, and May 1994.

25 Jahre OSI-ZEITUNG

Ein Vierteljahrhundert Debatten, Dramen, Deadlines

Der Marasmi... OSi ist im Visier des Verfassungsschutzes... Z16 soll in Fachbereich integriert werden...

OSI-Zeitung masthead for July 1993, July 1994, and May 1994.

FACHSCHAFTSZEITUNG AM FB POLITISCHE WISSENSCHAFT DER FU BERLIN NR. 12

Vorwürfe gegen OSI-Dozent Roland Hahn

Hahn'sche Assistentin hielt Vortrag für rechtsextremes... OSi-Dozent im Visier des Verfassungsschutzes... Z16 soll in Fachbereich integriert werden...

OSI-Streik beendet - der Protest geht weiter

Studentische Proteste... OSi leert sich - Potsdam und Humboldt boomten... Mengel droht mit Klage...

OSI-Zeitung masthead for July 1995.

FACHSCHAFTSZEITUNG AM FB POLITISCHE WISSENSCHAFT DER FU BERLIN NR. 26

ASTa bedroht Existenz der OSI

Editorial... OSi leert sich - Potsdam und Humboldt boomten... Mengel droht mit Klage...

Gerlach: Weichei in rauher Schale

Editorial... OSi leert sich - Potsdam und Humboldt boomten... Mengel droht mit Klage...

OSI-Zeitung masthead for July 1995.

FACHSCHAFTSZEITUNG AM FB POLITISCHE WISSENSCHAFT DER FU BERLIN NR. 26

OSi leert sich - Potsdam und Humboldt boomten

Editorial... OSi leert sich - Potsdam und Humboldt boomten... Mengel droht mit Klage...

Mengel droht mit Klage

Editorial... OSi leert sich - Potsdam und Humboldt boomten... Mengel droht mit Klage...

OSI-Zeitung masthead for July 1995.

FACHSCHAFTSZEITUNG AM FB POLITISCHE WISSENSCHAFT DER FU BERLIN NR. 26

OSi leert sich - Potsdam und Humboldt boomten

Editorial... OSi leert sich - Potsdam und Humboldt boomten... Mengel droht mit Klage...

Mengel droht mit Klage

Editorial... OSi leert sich - Potsdam und Humboldt boomten... Mengel droht mit Klage...

OSI-Zeitung masthead for July 1995.

FACHSCHAFTSZEITUNG AM FB POLITISCHE WISSENSCHAFT DER FU BERLIN NR. 26

OSi leert sich - Potsdam und Humboldt boomten

Editorial... OSi leert sich - Potsdam und Humboldt boomten... Mengel droht mit Klage...

Mengel droht mit Klage

Editorial... OSi leert sich - Potsdam und Humboldt boomten... Mengel droht mit Klage...

OSI-Zeitung masthead for July 1995.

FACHSCHAFTSZEITUNG AM FB POLITISCHE WISSENSCHAFT DER FU BERLIN NR. 26

OSi leert sich - Potsdam und Humboldt boomten

Editorial... OSi leert sich - Potsdam und Humboldt boomten... Mengel droht mit Klage...

Mengel droht mit Klage

Editorial... OSi leert sich - Potsdam und Humboldt boomten... Mengel droht mit Klage...



VON TIMO GEMMEKE

Der Verfassungsschutz beobachtet das OSI, der Asta streicht der Institutszeitung das Geld, das beliebte »Café Geschwulst« geht, Numerus Clausus und Studiengebühren werden Thema: Die Schlagzeilen aus 25 Jahren OSI-Zeitung – seit 1991, mit zwei jeweils jahrelangen Unterbrechungen – lesen sich wie eine kleine, skurrile Zeitreise.

Während heute über den Einsatz von Künstlicher Intelligenz bei Prüfungen, Trumpismus und Klimakrise diskutiert wird, spalteten damals Historiker-Streit, Geschlechter-Parität und Studienreform die Gemüter. Immer mit dabei, ausgerüstet mit Kuli, Kamera und Notizblock: die fleißigen OZ-Reporter:innen, die die Druckkosten für das Heft zeitweise sogar aus eigener Tasche zahlten. Ohne ihr Engagement würde das Archiv heute wahrscheinlich keine 68 Ausgaben zählen.

Manche sind der schreibenden Zunft bis heute treu geblieben: Christoph Dowe, Robert Ide und Lars von Törne beim TAGESSPIEGEL, Henry Lohmar als Chefredakteur der MAZ, Marcel Heberlein als ARD-Podcaster (und viele mehr). Für andere war das Schnuppern bei der OZ ein Zeichen, dass drängende Deadlines, nervige Interviewpartner:innen und gelegentliche Ellenbogenmentalität doch eher gegen eine Karriere im Journalismus sprechen.

Wie auch immer: Am Ende stand jedes Mal ein neues Heft, in dem geschrieben, kommentiert, karikiert, verrissen, gehuldet wurde. Und das ganz sicher immer für Gesprächsstoff gesorgt hat – nicht nur in der Ihnestraße.

Ein Ehemaligen-Treffen der OZ ist am 19. Juni geplant. Anmeldungen (und Hinweise auf andere Ehemalige!) bitte an [osi-zeitung@osi-club.de](mailto:osi-zeitung@osi-club.de).







# Flüssig durchs Studium.

**Ob Studienbeginn,  
Auslandssemester oder  
Nebenjob – wir bieten  
Ihnen von Konto über  
Karte bis Studienkredit  
alles aus einer Hand.**

**[berliner-sparkasse.de/studi](https://berliner-sparkasse.de/studi)**



# OSI-ZEITUNG

DAS MAGAZIN AM OTTO SUHR INSTITUT

## WIR SIND

das unabhängige und meinungsoffene Magazin am Otto-Suhr-Institut für an Politik, Politikwissenschaften und am OSI Interessierte.

## WIR WOLLEN

ein Forum sein, in dem ehemalige und aktuelle OSler und OSlerinnen sich äußern, vernetzen und publizistisch ausleben können.

## WIR BIETEN

Studierenden, Beschäftigten sowie Alumni des OSIs die Möglichkeit zu ehrenamtlicher Mitarbeit.

## WIR SUCHEN

Verstärkung in allen Arbeitsbereichen der OSI-Zeitung von der Redaktion über Gestaltung bis zum Vertrieb.





© Christina Augustin

# Erst Politik, dann Pizzicato

Als OSlanerin im Collegium Musicum

VON CHRISTINA AUGUSTIN

Mittwochnachmittag sitze ich im Audimax und lausche der Vorlesung zu Internationalen Beziehungen, am Abend nehme ich selbst dort auf der Bühne Platz. Dann ist Orchesterprobe.

Seit meinem Vorspiel im Oktober spiele ich Bratsche beim Kleinen Sinfonischen Orchester des Collegium Musicum, oder wie es die Orchestermitglieder gerne nennen: beim KSO des CM.

Seit 2011 werden die je zwei Orchester und Chöre des Collegium Musicum von Donka Miteva geleitet. Zur CM-Familie gehört außerdem noch eine Bigband. Gerade ist Donka mit Sinfonieorchester und Großem Chor in Bulgarien. Unsere Probe leitet heute daher Simon Scriba. Die Oboe fängt an zu spielen. Zuerst werden die Blas-, dann die Streichinstrumente gestimmt. Die Konzertmeisterin setzt sich und es geht los.



»Wir starten mit Carmina!« Alle Augen sind auf Simon gerichtet, als er den Einsatz gibt und die ersten Töne von Carl Orffs Carmina Burana durch das Audimax strömen. Noch proben wir alleine, aber beim Konzert werden wir das Stück gemeinsam mit dem Großen Chor und seinen über 200 Sänger:innen aufführen. Bis dahin stehen aber noch viele Proben auf dem Programm. Nach nur ein paar Takten bricht Simon ab: »Das ist schon gut, aber ihr klingt verschlafen. Schaut mal: Da steht fortissimo!«

Wir fangen noch einmal an, diesmal lauter. So geht es weiter: Simon hört genau zu und macht uns auf Details aufmerksam. Dann ist Pause. Ich unterhalte mich mit ein paar Mitmusiker:innen darüber, was uns zum CM gebracht hat. Mika ist nun schon das dritte Semester dabei und wurde von seinem Bruder zum Vorspiel überredet.

»Ohne ihn wäre ich nicht hier. Und als Kontrabass kann ich auch nicht einfach aufhören, von uns gibt es ja nicht viele«, scherzt er.

Edda und Lucie spielen Bratsche und schätzen die angenehme Atmosphäre, um neben dem Studium weiter Musik zu machen. Mir gefällt, dass ich Personen außerhalb der »OSI-Bubble« treffe. Das CM wird nämlich von FU und TU gemeinsam getragen; ist aber auch offen für andere Universitäten. So kommen circa 450 ehemalige und aktuell Studierende aller Fachrichtungen zusammen, um gemeinsam Musik zu schaffen. Und das schon seit gut 75 Jahren.

Die Probe geht mit einer Suite von Yannis Constantinidis weiter. Wir probieren auch unterschiedliche interpretative Ansätze aus. »Können die Streicher das Glissando ein bisschen schneller spielen? Das klingt dann so schön ordinär.«

Um 22 Uhr ist die Probe zu Ende. Nun muss das Audimax noch aufgeräumt werden, um es zurück in einen Vorlesungsraum zu verwandeln. Ich packe meine Bratsche ein und während einige noch im CM-Büro den Abend mit dem berühmten »Bürobier« ausklingen lassen, gehe ich mit den anderen zur U-Bahn. In meinem Kopf verklingt noch der letzte Satz der Suite.





# Muslim *In*Visibilities Muslimische *Un*Sichtbarkeiten

Dinge  
schützen  
Protective  
things and  
protecting  
things



© Milica Cikusa

Nushin Atmaca, Kuratorin

## »Muslimische *Un*Sichtbarkeiten«

Das Museum für Europäische Kulturen widmet sich den eigenen Lücken

VON MILICA CIKUSA

Nushin Atmaca, Kuratorin für Konzeption und Recherche der Ausstellung »Muslimische *Un*Sichtbarkeiten«, zeigt mir eine geschmückte Bettelschüssel aus dem frühen 20. Jahrhundert. Die Schüssel steht für mitmenschliche Solidarität, aber auch ein Vertrauen in Gott, dass er die bettelnde Person materiell versorgen wird.

Dinge schützen, Beziehungen herstellen, Geschichten teilen. So sind die Gegenstände der Installation »Muslimische Unsichtbarkeiten« im Museum Europäischer Kulturen (MEK) in drei »Variationen«, die zeitlich aufeinanderfolgen, aufgeteilt. Die meisten erfüllen ihre Rolle gleichzeitig auf der Erde und im Himmel. Manche kommen aus dem 19. und 20., manche sogar aus dem

21. Jahrhundert (wie eine Gebetsuhr, die die Richtung Mekkas zeigt), viele aus den überwiegend muslimischen Ländern Europas. Für die dritte Variation haben mehrere Ko-Kuratorinnen persönliche Objekte zusammen mit MEK-Objekten gestellt. Sie teilen Geschichten über das Leben muslimischer Frauen in Europa, während sie weitere Leerstellen in der Sammlung des MEK füllen.

»Muslimisches Leben ist seit Jahrhunderten Teil europäischer Alltagskulturen. Wir möchten herausfinden, inwieweit sich das in der Sammlung des Museums widerspiegelt,« heißt es in der Broschüre zur ersten Variation. Die Installation entstand im Rahmen des Projekts »Muslimische Sichtbarkeit im Museum«, erklärt Atmaca den Hintergrund der Ausstellung, die sich den Muslimischen Unsichtbarkeiten widmet.

»Es geht darum, zu schauen, welche Objekte das MEK in seinen Depots hat, die etwas erzählen können über das muslimische Leben in Europa,« erläutert sie die Idee hinter dem Projekt. »Was für ein Bild ergibt sich, wenn man sie zusammendenkt? Wo sind Leerstellen?«

Ziel der Ausstellung ist es, mehr als nur religiöse Objekte auszustellen, obwohl viele Gebetsteppiche und Koran Ausgaben im Depot stehen. Atmacas Meinung nach wird das Alltägliche »manchmal bei den Muslimen vergessen.« Deswegen wollte sie die Lücke zwischen Religion und Alltag mit diversen Objekten auffüllen. Man sieht einen Deckel für Pilav, ein Reisgericht, Augenschminke mit Wasser aus Mekka, eine Tasse mit koranischen Versen.

»Das Wissen und das Bewusstsein sind nicht da« nennt sie als Grund für das Defizit muslimischer Kultur in den Museen im 21. Jahrhundert. Obwohl sie in der Bevölkerung weit verbreitet ist, wird sie nicht genug gesehen und verstanden. »Das christliche Europa, das ist immer noch die dominierende Vorstellung.« Dies sei irrational, denn Islam ist in ganz Europa die zweitgrößte Religion.



Die letzte Variation der Ausstellung, »Geschichten teilen«, kann im Museum Europäischer Kulturen, Arimallee 25, 14195, mittwochs bis sonntags von 10 bis 17 Uhr besucht werden.





*This is your story & it deserves to be seen.*

QUYNH ESSENCE

ein Designstudio für

FEINSTE  
GRAFIK &

FEINSTE  
PAPETERIE.

Modernes Design trifft auf  
traditionelle Handwerkskunst.

Von Logos bis hin zur Geschäfts-  
ausstattung & Hochzeitspapeterie –  
jedes Design erzählt eine individuelle  
Geschichte.

[QUYNH ESSENCE . q-essence.de](http://quynh-essence.de)



# Die Redaktion

**Christina Augustin (22)** studiert im fünften Bachelorsemester Politik- und Sozialwissenschaften. Ursprünglich aus Olching bei München, zog es sie für das Studium zuerst ins französische Nancy und nun nach Berlin. Abseits der Vorlesungen widmet sie sich leidenschaftlich dem Skatspiel, Quizrunden und ihrer Bratsche. Ihr besonderes Talent: Nahezu jedes Gespräch auf das Thema Norwegen lenken.

**Ella Baumann (23)** ist neu an der FU und studiert im ersten Semester den Master Politikwissenschaft. Ihren Bachelor hat sie an der Uni Bremen absolviert, aufgewachsen ist sie in Hamburg. Abgesehen von ihrer offensichtlichen Vorliebe für Stadtstaaten ist sie gerne viel draußen, hört Radio oder schaut Fußball. Als neues Mitglied der OZ hofft sie, ihre journalistischen Fertigkeiten aus Bremer Blog-Zeiten weiter auszubauen.

**Fabian Bieda (23)** studiert im ersten Semester des Masters Politikwissenschaft. Aufgewachsen in Berlin, absolvierte er sein Bachelor-Studium in Berlin und Kopenhagen und ist quasi schon wieder auf dem Weg nach Sydney für ein weiteres Auslandssemester. Vorher schreibt er aber noch schnell einen Artikel für die OSI-Zeitung.

**Paula Böhnke (22)** studiert im ersten Master-Semester Medien und politische Kommunikation an der FU. Nach dem Abitur in ihrer Heimatstadt Bad Pyrmont verschlug es sie zunächst für ihr Bachelorstudium der Kommunikationswissenschaft und Sozialwissenschaften nach Erfurt. Dort sammelte sie erste praktische und theoretische Erfahrungen im Journalismus. Abseits von ihrer Tätigkeit bei der OSI Zeitung begeistert sie sich für das Kino, Literatur und den Metrokosmos Berlins.

**Jan Breunig (19)** studiert im ersten Bachelor-Semester PoWi an der FU. Aufgewachsen nahe der fränkischen Stadt Hof, zog es ihn für das Studium nach Berlin. Wenn er nicht gerade einen Artikel für die OZ verfasst, geht er gerne Horrorfilme im Kino anschauen, spielt Handball oder erkundet die Museen der Stadt. Diese Ausgabe nahm er zum ersten Mal an der OZ teil.

**Milica Cikusa (21)** geboren in Belgrad, Serbien. Studiert AVL und PoWi an der FU im Erstsemester. Hat 2020–2022 in Belgrad Ausbildung zum Radartechniker gemacht und abgebrochen. Veröffentlicht in Serbien 2024–2025 ihren ersten Roman. Hat 2023–2024 freiberuflich Englisch und Deutsch für Russischsprechende unterrichtet. War 2022–2024 im Bereich Content freiberuflich tätig. Hört gerne thrash und black Metal und ist in Moshpits zu finden.

**Timo Gemmeke (26)** studiert im Master Politikwissenschaft, ist neu in Berlin, an der FU und bei der OZ. Aufgewachsen im ostwestfälischen Höxter, den Bachelor in Münster absolviert und dort für verschiedene Medien gearbeitet. Seit 2019 ausgebildeter Redakteur, findet Forschung und Politische Bildung aber mindestens genauso spannend und wichtig wie Journalismus. Musiknerd und Plattensammler, Fan deutscher Nachkriegsliteratur und thailändischer Küche.

**Tobias Grau (24)** studiert im letzten Semester den B.A. Politikwissenschaft und probiert sich zum ersten Mal am journalistischen Schreiben. Er stammt ursprünglich aus Stuttgart und ist bald auf dem Weg ins Auslandsstudium. Vielleicht weiß er nicht, was Pizzicato heißt, aber dafür macht er ein böses Chili sin carne

**Lilly Grunert (23)** studiert im ersten Master-Semester Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der FU. In der Nähe von Heidelberg aufgewachsen und den Bachelor in Stuttgart und Padua absolviert, hat es sie nun nach Berlin verschlagen. Aktuell als Werkstudentin im SEO für journalistische Inhalte tätig. Abseits davon begeisterungsfähig für Dokumentationen und Reportagen über alles und nichts.

**Pauline Groß (19)** ist seit diesem Semester neu an der FU und studiert neben Politik auch Kommunikationswissenschaften und Publizistik. Nachdem sie ihr Abitur in Berlin absolviert hatte, ging es für sie erstmal ein halbes Jahr nach Neuseeland. Neben dem Reisen gibt sie ihr Geld gerne für Konzerte, Bücher und Essen aus. Erfahrungen im Journalismus sammelte sie als Schülerpraktikantin und Young Reporter bei der Abendschau (rbb). Nun ist sie das erste Mal bei der OSI-Zeitung dabei.



**Lenny Hallberg (23)** ist halb Deutscher, halb Schwede. Nach dem Abitur arbeitete er als Lektoratsassistent in Stockholm beim Verlag Spleen Nordic, bevor er ein Studium in Politikwissenschaft am OSI der FU aufnahm. Er ist besonders begeistert von Frankreich, sowohl von Marcel Proust und seinem Buch *Auf der Suche nach der verlorenen Zeit*, als auch von der Nouvelle Vague, wobei *Ein Sommermärchen* von Éric Rohmer sein Lieblingsfilm ist.

**Leni Hein (18)** studiert Politikwissenschaft im Bachelor im ersten Semester. Aufgewachsen ist sie in Dassow, einer Kleinstadt in Mecklenburg-Vorpommern. Neben dem Studium arbeitet sie im Bundestag und ist ehrenamtlich aktiv. Dies ist das erste Mal, dass sie an der OSI-Zeitung mitwirkt. In ihrer Freizeit tanzt sie Ballett.

**Dr. Christine Kolmar**, in den 80ern bei den Publizisten, Historikern, OSI studiert, promoviert. Über 25 Jahre Journalistin bei ARD (Tageschau, ARD-aktuell) und n-tv (Chefredaktion/Ltg. Politik). Geschäftsleitung WWF, Dozentin UMC, Senior Vice President Nachhaltigkeit EnBW, Kommunikationsleitung BDL, Kommunikationsberaterin u. a. DLR. Mit Christian Walther und Matthias Tang Mentorin/Herausgeberin der OSI-Zeitung. Sonst gerne: viel bewegen - mit und ohne Sportgeräte.

**Leo Könneke (22)** ist seit diesem Semester neu an der FU. Nach seinem Abitur in Braunschweig ging er nach Frankreich, wo er die letzten zwei Jahre Sozialwissenschaften studierte. Journalistische Erfahrung sammelte er durch Praktika bei der ARD in Hamburg und Paris und ist in Berlin für das ARD-Hauptstadtstudio tätig (#Traumjob). Neben einer Passion für gutes Essen mag er das Meer und Gartenarbeit.

**Moritz Kreimeier (20)**, im dritten Semester Politikwissenschaft und seit dem ersten bei der OSI-Zeitung aktiv. Nach einem FSJ bei *Reporter ohne Grenzen* wuchs die Lust auf Politik, Journalismus und die Kombination aus beidem. Neben dem Studium organisatorisch tätig im Bereich FSJ Politik. Ansonsten gerne beim Volleyball, auf Demos, oder in Schöneberger Kneipen.

**Janik Leidenfrost (25)** steht kurz vor dem Abschluss seines Bachelors in Politikwissenschaft. Aufgewachsen in Rees am Niederrhein, führte ihn sein Weg zunächst nach Berlin und dann für einen Auslandsaufenthalt nach Istanbul. Zurück im (vergleichsweise) beschaulichen Berlin war er bei der letzten Ausgabe erstmals für die OSI-Zeitung im Einsatz und ist dieses Mal Teil der Redaktionsleitung.

**Bent Polster (19)**, studiert seit diesem Semester Politikwissenschaft im Bachelor und ist zum ersten Mal bei der OSI-Zeitung. Zuvor einjähriges Orientierungsstudium an der FU und Gelegenheitsarbeit in Berlins bestem Eisladen. Geboren und aufgewachsen in Prenzlauer Berg begeistert er sich für Schach, Spätikultur, Europareisen und Musik von Lonnie Liston Smith bis Boards of Canada.

**Kim Reith (31)** studiert Politikwissenschaft und plant den Bachelorabschluss im nächsten Semester. Zum zweiten Mal Teil der OSI-Zeitung und zum ersten Mal in der Redaktionsleitung. Geboren und aufgewachsen im Wilden Wedding schätzt sie als Hansdampf in allen Gassen neben politischer Gesellschaftsanalyse auch Acrylmalerei, düstere Takte am Schlagzeug und Pilates auf der anderen Seite der Mauer.

**Claire Sautreau (19)** studiert Politikwissenschaft im ersten Fachsemester. Sie wundert sich manchmal, wie sie da gelandet ist. Mit dem Umzug von Toulouse (Frankreich) nach Hamburg kam sie 2020 nach Deutschland. Von Protesten bis zur OSI-Zeitung kann für sie alles im Leben ein Abenteuer sein.

**Mariia Tarasenko (21)** studiert Politikwissenschaft im ersten Semester (Bachelor). Sie kommt aus Kyjiw, wo sie aufgewachsen ist und ein Studium im Bereich Journalismus absolviert hat. In ihrer Heimat sammelte sie Erfahrung als TV-Moderatorin und Drehbuchautorin und schrieb Artikel über Literatur für eine Zeitschrift. Zu Beginn des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine arbeitete sie ehrenamtlich für den Fernsehsender ICTV und veröffentlichte englischsprachige Nachrichten auf die sozialen Medien des Kanals. Mittlerweile ist sie als Büroassistentin bei WISAG tätig, aber hofft, ihre journalistische Tätigkeit in Deutschland fortzusetzen.

**Florian Richter (24)** studiert im ersten Master-Semester Politikwissenschaft an der FU. In Mannheim aufgewachsen, absolvierte er dort auch seinen Bachelor. Parallel arbeitete er für verschiedene Medien, darunter Phoenix und die F.A.Z., für die er weiterhin als freier Autor schreibt. Ist nicht nur Politik-, sondern auch Sportnerd und gibt gerne (zu) viel Geld für Tickets von Sportveranstaltungen aus.

**Simon Röhrich (23)** studiert im Master Medien & Politische Kommunikation und hat mit seinem Umzug nach Berlin zur fortschreitenden Gentrifizierung Kreuzbergs beigetragen. Zuvor schloss er im idyllischen Mainz seinen Bachelor in Publizistik und Wirtschaft ab. Neben dem Studium tätig für verschiedene Lokalzeitungen, SWR und F.A.Z. Seine journalistische Karriere krönt er mit der Tätigkeit für die OSI-Zeitung. Liest in seiner Freizeit Romane von Paul Auster und verbringt etwas zu viel Zeit mit Videospiele.

**Sofie Schiffer (22)**, studiert im ersten Master-Semester Medien und politische Kommunikation an der FU, nachdem sie ihren Zwei-Fach-Bachelor in Bonn abgeschlossen hat. Möchte nun nach der Arbeit beim Bonner Campus-Radio auch in eine Zeitschrift schnuppern. Ursprünglich aus der tiefen Eifel wurde es Zeit für einen Tapetenwechsel. Neben vielen Büchern (natürlich auch ein paar Eifel-Krimis) durfte auch die Gitarre von der alten in die neue Hauptstadt ziehen.

**Fabian Voth**, studiert im neunten Semester Politikwissenschaften am OSI. Nach einem einjährigen Auslandsaufenthalt in Istanbul ist er zurück in Berlin und probiert sich zum zweiten Mal als Journalist für die OSI-Zeitung aus.

**Lara Wagner (21)** studiert PoWi im Bachelor in Frankreich und Deutschland. Ursprünglich aus der Nähe von Stuttgart, hat sie die letzten vier Semester in Nancy verbracht und ist seit Oktober neu in Berlin. Nach Zwischenstopps bei der Nanziger Campuszeitung Parvenu und TITANIC ist sie jetzt Teil der Redaktionsleitung. Sie schreibt und debattiert gerne und macht jetzt endlich einen Rock-Tanzkurs.

**Dr. Christian Walther (68)**, OSI-Diplom 82, IfPuK-Diss 2015. >25 Jahre Abendschau, <10 Pressechef FU, SenBWF, Leibniz. PR-Ehrenamtler im Hugentottenmuseum, Autor («Des Kaisers Nachmieter»). Ex-Vorsitzender OSI-Club und DJV-Berlin/JVBB. Mehrfach Lehrbeauftragter. Jetzt mit Christine Kolmar und Matthias Tang Herausgeber/Mentor der OSI-Zeitung. Schwimmt – und hört Klassik, Jazz, Simon & Garfunkel.

**Rhett Wiebe (24)** studiert im ersten Semester Publizistik und Kommunikationswissenschaft sowie Politikwissenschaft. Nach abgeschlossener Berufsausbildung als Mediengestalter und einigen Jahren Vollzeit-Arbeit in einer Postproduction auf der technischen Seite soll es nun auch vermehrt um Inhalte und redaktionelle Arbeit gehen. Ansonsten fotografiert er gerne und gibt zu viel Geld für Kameras aus.



# OSI-ZEITUNG

DAS MAGAZIN AM OTTO SUHR INSTITUT

Die OSI-ZEITUNG wird herausgegeben durch den Förderverein OSI-ZEITUNG e.V.,  
vertreten durch und presserechtlich verantwortlich:

Dr. Christine Kolmar, Matthias Tang und Dr. Christian Walther

**REDAKTIONSLEITUNG:**

Timo Gemmeke, Janik Leidenfrost, Kim Reith und Lara Wagner

**REDAKTION:**

Christina Augustin, Ella Baumann, Annika Benzing, Fabian Bieda,  
Paula Böhnke, Jan Breunig, Tobias Grau, Lilly Grunert, Pauline Gruß, Lenny Hallberg,  
Leni Hein, Leo Könneke, Moritz Kreimeier, Bent Polster, Florian Richter, Simon Röhricht,  
Claire Sautreau, Sofie Schiffer, Mariia Tarasenko, Alessa Voßkamp, Fabian Voth und  
Rhett Wiebe

**GESTALTUNG:** Anh Quynh Tran

**KONTAKT:** [OSI-Zeitung@osi-club.de](mailto:OSI-Zeitung@osi-club.de)